

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. (incl. Post).
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post.
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Belegt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 13. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wahlshluß um 7 Uhr!

Wähler, geht zeitig zur Wahl!

Wer um 7 Uhr seine Stimme noch nicht abgegeben hat, darf überhaupt nicht wählen!

Die Annahme, daß jeder wählen darf, der bis 7 Uhr im Wahllokale erscheint, ist falsch. Niemand darf nach 7 Uhr wählen!

Wer sein Wahlrecht nicht einbüßen will, wer nicht will, daß infolge großen Andranges in der letzten Stunde andre ihr Wahlrecht einbüßen, der gehe so zeitig wie möglich zur Wahl!

Keine Stimme darf durch Bummelerei verloren gehen!

Wähler, geht zeitig zur Wahl!

Arbeiterversicherung und Socialdemokratie.

Seit Wochen hat man es unzähligemale in konservativen, scharfmacherischen, nationalliberalen, freisinnigen und Centrumsflugblättern gelesen, daß die Socialdemokratie die geschworene Gegnerin der Arbeiterversicherung sei, daß, wenn es auf sie ankäme, die Arbeiter verhungern müßten, daß die Reichskammer, die aus Reichsmitteln dem Arbeiterstande zufließen, ein Geschenk der wohlgefinnten, braven, nationalen, staatsbehaltenden Parteien seien.

Nicht ohne Bedacht haben wir zugewartet, bis zu welchem Gipfel der Verlogenheit sich dieses Treiben entwickeln würde. Seit ein Artikel des „Vorwärts“ die offizielle Wahlschrift der nationalliberalen Partei vor Scham unter die Erde versinken hieß, mußten wir fürchten, durch vorzeitig geübte Kritik auch bei jenen andren Wahlschriftsteller denselben Erfolg zu erzielen. Und den wollten wir nicht! Wir brauchen diese Flugblätter! Wir brauchen sie als kostbare Dokumente der geistigen Verdünnung und des sittlichen Verfalls unsrer Gegner. Sie können jetzt kein Wort mehr zurücknehmen.

Was wir zu sagen haben, sind allerdings keine Enthüllungen, die sich auf irgend welche geheime Zeugnisse stützen, es handelt sich nur um die Feststellung der einfachen geschichtlichen Wahrheit, die keinem verborgen sein kann, der die Protokolle des Reichstags — unsre einzige Quelle — kennt. Die Herren können sich also auch nicht mehr auf ihren guten Glauben berufen: sie sind schuldig des frechen und — das sei gleich gesagt — auch des dümmsten Betrugsversuches, der jemals von politischen Industriekritikern versucht worden ist.

Wir lassen die Thatfachen folgen:
 Noch im Jahre 1877 hatte sich die offiziöse „Provinzial-Korrespondenz“ gegen einen Arbeiterversicherungs-Entwurf der Socialdemokratie dahin erklärt:

„Man könne auf solche Vorschläge unmöglich eingehen, wenn man nicht die durch die Socialdemokratie sowieso schon aufgeschaltete Annahme und Begehrlichkeit der Arbeiter noch weiter in bedenklichen Maße steigern wolle.“

Dazwischen kam das starke Anwachsen der socialdemokratischen Bewegung und die Schmach des neuen Deutschen Reiches: das Socialistengesetz. Jetzt änderte Bismarck seinen Plan. Um sich „nicht auf Repressivmaßregeln gegen die Socialdemokratie zu beschränken, vielmehr auch deren Bekämpfung durch positive, auf die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes abzielende Maßnahmen“ zu versuchen, inaugurierte Bismarck die Aera des sogenannten „socialen Kaiserthums der Hohenzollern“. Er legte im Frühjahr 1881 sein erstes Versicherungsgesetz vor, das die Versicherung der in Bergwerken, Fabriken und andern Betrieben beschäftigten Arbeiter gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle betraf. Der Entwurf, der die Einrichtung einer Reichs-Versicherungsanstalt forderte und Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln vorsah, passierte in den ersten Apriltagen des Jahres 1881 die erste Lesung.

Die erste Beratung des Unfallversicherungs-Gesetzes warf aber schon in die Staatsdebatte vom 25. Februar 1881 ihren Schatten voraus. Obwohl sich Herr v. Kardorff als Anhänger des Fürsten Bismarck erklärte, sagte er, daß dieser durch seine Versicherungspläne die Socialdemokraten über-treffen hätte. Demgegenüber führte Bebel aus:

Ich weiß nicht, was er (Kardorff) für Begriffe von den Ansichten der Socialdemokraten und ihren Bestrebungen hat. Ich kann nur sagen, daß, wenn sie auch im allgemeinen das Princip

billigen, auf dem der Unfallversicherungs-Gesetzentwurf beruht, wir die ganzen Ausführungsbestimmungen sehr, sehr wenig genügend finden, und wenn wir uns auch einmal der Hoffnung hingeben wollten — obgleich wir diese Hoffnung nicht haben —, daß dasselbe hier im Reichstage in einer Weise amendiert würde, die vollständig unsren Wünschen, also den Wünschen der Arbeiterklasse entspräche, so muß ich doch sagen, daß auch damit noch sehr wenig geschaffen ist. Es wäre ein anerkannter Schritt damit geschehen, aber es wäre mindestens ebenso wichtig, daß nicht allein dafür gesorgt wird — und dies ist Ihre Aufgabe, denn wir sind nur die Geduldeten in diesem Hause, man läßt uns am liebsten draußen —, daß nicht nur diejenigen Unterstützung und Brot haben, die in der Industrie durch irgend einen Unfall geschädigt werden, sondern daß unsre Arbeiter überhaupt ausreichend Brot und Verdienst haben und beschäftigt werden können.

Am 1. April begann endlich die Debatte über den Entwurf. Durchaus kennzeichnend für die Art, in der sich reaktionäre Legenden bilden, ist der Umstand, daß damals angeführt der wirklichen Sachlage niemand daran denken durfte, der Socialdemokratie eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Entwurf zu unterstellen. Dafür sind die Worte durchaus kennzeichnend, mit denen der liberale Parteiführer Bamberger die Debatte eröffnete. Er begann seine Rede mit diesen Worten:

Wenn diejenigen, meine Herren, welche sich als Redner gegen das Gesetz hier melden, damit die Absicht verbinden, es in allen seinen Theilen und namentlich in seinen sachlichen Bestimmungen zu bekämpfen, so würde wahrscheinlich nicht ein einziger Redner in diesem Sinne auftreten. Ich glaube aber auch, auf der andern Seite sagen zu können, daß, wenn diejenigen, die sich als Fürsprecher des Gesetzes hier melden, dasselbe in allen seinen Theilen vertreten sollten, die Zahl zwar nicht null, aber doch sehr unbedeutend sein würde.

Es gab also zweierlei Anhänger des Entwurfs im Reichstage. Der eine Teil wagte es nicht, einem Gesetz grundsätzliche entgegenzutreten, das die socialdemokratische Bewegung durch Lochmittel von ihrem Wege abzubringen versuchte, der andre erkannte, obwohl geächtet und verfolgt, freimüthig die Veredlung des Princips. Der eine wollte das Gesetz mit aller Macht nach rückwärts revidieren, dem andren fehlte mit seinen neun Mandaten die Macht, ihn nach vorwärts zu revidieren. Der eine Teil war die Masse der bürgerlichen Abgeordneten, der andre war die Socialdemokratie.

Aber Bambergers Zeugnis ist uns nach anderer Seite hin noch viel wichtiger. Nicht nur, daß es ihm nicht einfiel, die Socialdemokratie der Gegnerschaft gegen die Idee der Arbeiterversicherung zu bezichtigen, er schrieb ihr vielmehr die eigentliche Urheberchaft zu. Er sagte nämlich, wie auf Seite 679 der „Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 11. Legislaturperiode, IV. Session 1881“ zu lesen steht, in seiner Rede wörtlich:

Materiell ebenso wie formal steht der heutige Gesetzentwurf auf dem Boden des Socialismus: er bekennt sich in seinen Motiven ausdrücklich dazu. . . Die sehr die gegenwärtige Theorie der Gesetzgebung bereits dem Inhalt des Socialismus nahe gerückt ist, wird Ihnen nach mir wahrscheinlich ein anderer Redner sehr deutlich illustrieren, nämlich der Herr Abgeordnete Bebel. Herr Bebel hat im Jahre 1878 bei Gelegenheit gerade des Vorschlags, die Unfallversicherungs-Gesetzgebung zu verbessern, eine Rede gehalten, und er hat in derselben genau die Grundzüge desjenigen Gesetzes entworfen, das Ihnen heute vorliegt. Ich will Herrn Bebel nicht des Vergnügens berauben, die Stelle wörtlich vorzulesen, in der die ganze Oekonomie des Gesetzes auch seiner Ausführung nach enthalten ist; aber das kann ich sagen, nachdem ich die Rede heute morgen nachgelesen habe, ist mir der Gedanke gekommen, ich weiß nicht, warum Herr Bebel nicht vortragender Rat der volkswirtschaftlichen Abteilung in der Reichsregierung ist.

Und der liberale Apostel, Herr Bamberger, der die Arbeiterversicherung als ein „Theater für den süßen Pöbel“ verhöhnte, schloß seine Rede mit den stillschweigend ein wenig verwirrten, aber sachlich immer noch klaren Worten:

Das hoffe ich von der Mehrheit des Hauses, sie wird die beiden socialistischen Elemente, welche darin bestehen, daß das Reich zu einer allgemeinen Armenversorgung-Anstalt gemacht und die Finanzkraft des Reiches zu diesem Zwecke herangezogen werden soll, daß die hohe Versammlung diese Propositionen ablehnt.

Das war im Jahre 1881 die Stellung des Liberalismus zu den Arbeiterversicherungs-Gesetzen. Und seine Partei wagte es heute in ihren Flugblättern, die Socialdemokratie als grundsätzliche Gegnerin der Arbeiterversicherung hinzustellen und das Verdienst daran, daß das Reich, wie ihr Führer so hübsch und gemüthlich sagte, „eine allgemeine Armen-Versorgungsanstalt“ geworden ist, sich selber zuzuschreiben. Es giebt kein Wort der Schriftsprache, das zur Kennzeichnung eines solchen Vorgehens ausreichen würde.

Aber wie Herr Bamberger, der liberale, so wendete sich auch Herr von Marshall, der konservative Wortführer, und Herr v. Hertling, der Wortführer des Centrums, gegen die Reichszuschüsse, die sie als eine Form der Armenunterstützung verächtlich zu machen suchten. Dieselben Parteien prunkten heute in ihren Flug-

blättern mit den „Millarden“, die sie den Arbeitern aus Reichsmitteln zugewendet hätten und die ihnen ganz gewiß ausgeblieben wären, wäre es nach dem Willen der „arbeiterfeindlichen Socialdemokratie“ gegangen.

Aber Herr Richter, der Liebling der Götter und Socialdemokraten, was sagte dieser treffliche Held? Er erklärte trocken:

... daß der Gesetzentwurf, wie er vorliegt, auf unsren ganz entschiedenen Widerstand stoßen wird, daß wir diesen Gesetzentwurf im ganzen, obwohl er unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit auftritt, nicht für einen den Arbeitern und ihren Interessen günstigen sondern nachtheiligen halten. . .

Und Herr Richter — o gütige Vorsehung! — drohte am 2. April 1881:

Ich rate Ihnen, diese Frage der Arbeiterversicherung bei den Wahlen nicht zu breit zu treten; die Freundschaft mit diesem Gesetz könnte für manche der Herren bedenklich werden.

Wie aber verhielt sich die Socialdemokratie zu diesem ersten Bismarckschen Entwurf eines Arbeiterversicherungs-Gesetzes? Das geht deutlich hervor aus Bebel's Rede vom 4. April, in der er dem Reichstanzler erklärte:

... daß er bei uns für seinen Entwurf bis zu einem gewissen Grade eine Unterstützung findet, die ihm selbst in diesem Falle nicht so unangenehm sein dürfte, um so mehr, meine Herren, da die Verteidigung, die der Herr Reichstanzler am Sonnabend seinem eignen Entwurf hat zu teil werden lassen, keineswegs eine überzeugende war. Er bedarf dringend einer Unterstützung von anderer Seite, und wir wollen ihm diese, soweit es uns möglich ist, unseinerseits angedeihen lassen. Ja, meine Herren, wir wollen ihm und Ihnen sogar nach besten Kräften helfen, die positiven Bestrebungen, die zur Bekämpfung der Socialdemokratie durch diesen Gesetzentwurf erreicht werden sollen zu fördern, damit sie zu einem gedeihlichen Ziele kommen.“

Mit dieser Rede Bebel's endete die erste große grundsätzliche Debatte, die im Reichstage über das beginnende Reformwerk der Arbeiterversicherung geführt worden.

Der Gesetzentwurf, der später von der Reichstagsmehrheit bis zur Unbrauchbarkeit verschlechtert wurde, ist in der Debatte grundsätzlich von den Liberalen, Konservativen, Centrumsleuten bekämpft worden, er hat in seinem Grundgedanken eigentlich nur die Zustimmung der socialdemokratischen Fraktion gefunden! Man bedenke, welche Selbstbeherrschung und welche Klarheit der Weltanschauung jene tapferen Reum besitzenden mußten, die damals gejagt wurden wie die räubigen Hunde, und dennoch das Gute anerkannten, das aus der Hand eines gewaltthätigen Feindes kam!

So begann die Aera des deutschen Kaiserthums und der nationalen Socialpolitik.

Daß sich die Arbeiterversicherung später nach den Grundzügen des Reichshandels gestaltet, der zwischen der Regierung und der Mehrheit abgeschlossen wurde, daß es die Pflicht der Socialdemokratie war, bei diesem Handel beiseite zu stehen — das erklärt sich wohl aus jenen parlamentarischen Reimen des späteren Werkes zur Genüge.

Daß aber die socialdemokratische Partei auch späterhin niemals in ihrem Bestreben erlahmt ist, die Versicherungs-gesetze nach den Wünschen der Arbeiterklasse zu gestalten, bleibt gleichfalls für alle Zeit geschichtliche Thatfache.

Unsre wörtlichen Citate aus den Reichstagsverhandlungen vor zweiundzwanzig Jahren bieten — in Zusammenhalt mit den bekannten Behauptungen bürgerlicher Wahlsflugblätter — einen geradezu ekelerregenden Beweis für die krankhafte Wahrheitscheu unsrer Gegner. Damals schrieb man: „Die Socialdemokraten sind die eigentlichen Urheber der Arbeiterversicherung. Sie wollen das Reich zu einer allgemeinen Armenanstalt machen!“ Heute schreibt man: „Die Socialdemokraten sind verbißene Gegner der Arbeiterversicherung; sie wollen, daß die Arbeiter verhungern sollen!“

Man muß wahrhaftig in der Civilisation weit fortgeschritten und alle barbarischen Instinkte der Vorzeit gründlich abgestreift haben, wenn man angesichts eines solchen Verhaltens an keine andre Peitsche denkt denn die bildliche des geschriebenen Wortes!

Wahlkampf.

Zur Ausübung des Wahlrechts wird diesmal sowohl von Behörden wie von fiskalischen Verwaltungen, insbesondere von der Eisenbahn-Verwaltung, den Angehörigen weitgehendes Entgegenkommen bewiesen; man scheint sogar die Wahlpflicht für die Beamten statuieren zu wollen. Umso mehr muß es daher bedauert werden, daß von privaten Unternehmern den Arbeitern vielfach Schwierigkeiten gemacht werden. Wenn dabei der Glaube eine Rolle spielen sollte, daß die Staatsangestellten im Gegensatz zu den Industrie-Arbeitern nicht wagen würden, socialdemokratisch zu wählen, so machen wir besonders darauf aufmerksam, daß der Eisenbahnminister Bude im Abgeordnetenhause in aller Form erklärt hat, es sei ihm ganz gleich, wie die Beamten wählen. In der Sitzung vom 24. Februar sagte Herr Bude wörtlich nach dem Stenogramm:

Ich protestiere ferner dagegen, daß ich irgendwie jemandem meine Stimmabgabe bei den Wahlen vorzuschreiben möchte; die Wähler können wählen, wie sie wollen, auch Socialdemokraten, dagegen habe ich gar nichts."

Es ist zwar ganz selbstverständlich, was der Herr Minister da gesagt hat, aber es ist doch gut, daran noch besonders zu erinnern: Jeder Eigenbesitzer darf unbedingt socialdemokratisch wählen; Minister Sadde, der oberste Chef der Eisenbahnverwaltung ist durchaus damit einverstanden und wird es nicht dulden, daß einem Angestellten deswegen Unannehmlichkeiten bereitet werden.

Am 16. Juni wird gewählt!

Die Wahl beginnt um 10 Uhr vormittags und dauert bis 7 Uhr abends. Wer um 7 Uhr noch nicht abgestimmt hat, darf überhaupt nicht wählen, auch wenn er vorher schon im Wahllokal war. Wer es irgendwie ermöglichen kann, gehe schon vormittags zur Wahl. Abends ist erfahrungsgemäß der Andrang zum Wahllokal sehr stark. Wer deshalb sein Wahlrecht nicht durch Dummelei verlieren will, gehe rechtzeitig zur Wahl.

Es empfiehlt sich für jeden Wähler, eine Legitimation einzustechen (Einwohnerschein, Steuerquittung oder Mietvertrag).

Stimmzettel mit dem Namen des socialdemokratischen Kandidaten sind zwar an jedem Wahllokal zu haben, der vorrichtige Wähler nimmt aber seinen Stimmzettel schon von zu Hause mit.

Der Stimmzettel muß von weichen, mittelstarkem Schreibpapier sein, darf keinerlei Kennzeichen tragen und nichts weiter enthalten, wie die genaue Bezeichnung des Kandidaten. Der Stimmzettel muß ungefähr 9 zu 12 Centimeter groß sein.

Man kann sich seinen Stimmzettel selber schreiben. Gültig sind auch Stimmzettel, auf denen ein Name durchgestrichen und ein anderer darunter geschrieben ist.

Der Kandidat muß aber so genau bezeichnet sein, daß jeder Zweifel über seine Person ausgeschlossen ist. Es genügt also z. B. nicht „Schmidt“, sondern man muß schreiben: Arbeitersekretär Robert Schmidt in Berlin.

In welchem Wahlkreis man wohnt und in welchem Wahllokal man zu wählen hat, ist im „Vorwärts“ Nr. 125 (Pfingstnummer) bekannt gemacht. Außerdem bekommt jeder Wähler noch von unsrer Partei eine besondere Mitteilung darüber. Wenn sie aus Versehen nicht zugehen sollte, der bemähe sich bei dem Nachbar darum.

Das Wahlgeheimnis ist durch das neue Wahlverfahren vollständig gesichert. Niemand braucht mehr zu fürchten, daß seine Abstimmung kontrolliert werden kann. Es wird nicht mehr der bloße Stimmzettel abgegeben; dieser muß vielmehr in ein Couvert geflocht werden. Das Couvert, das am 16. Juni abgestempelt sein muß, erhält der Wähler erst im Wahllokal von einem Beauftragten des Wahlvorstehers. Jedes andre Couvert ist unzulässig. Den Stimmzettel muß der Wähler aber schon von draußen mitbringen. Mit dem Couvert begibt sich der Wähler in den Nebenraum oder an den Benutzstisch, wo eine Vorrichtung angebracht ist (Vorhang oder Aufbau oder eine abgeschlossene Wahlzelle) und dort muß er seinen Zettel (aber nur einen!), geschützt vor jeder Beobachtung, in das Couvert stecken. Dann erst kann er abstimmen, indem er das den Stimmzettel enthaltende Couvert dem Wahlvorsteher überreicht. Jede andre Art der Abstimmung ist gesetzlich verboten. Die Couverts sind vollständig undurchsichtig, so daß es von außen auf keine Weise zu bemerken ist, welcher Zettel in dem Couvert steckt.

Es hat daher jetzt kein Wähler mehr die Entschuldigung, daß er aus Furcht vor Schaden nicht socialdemokratisch wählen kann, durchsichtlos kann jeder Wähler den socialdemokratischen Zettel abgeben.

Wähler, die aus irgend einem Grunde von der Wahl zurückgewiesen werden, wollen sich sofort bei dem socialdemokratischen Wahlkontrollleur melden, der die Zurückweisung notieren wird.

Ein vorzügliches Geldgeschäft scheint die Firma Bürger (Käufel-Milch) mit ihren Socialen Taktischen zur Socialistenbildung gemacht zu haben. Es geht uns heute bereits wieder eine Aufschrift zu, daß eine der Firmen, die um einen Beitrag zu dem Geschäft angeknorrt worden sind, zwar den Betragspennig wie so viele andre Betragspennige bezahle, aber keine Schriften dafür erhalten hat. Die Aktien-Lagerdirektorin zu Schloß-Chemnitz schreibt uns:

Wir teilen Ihnen höflichst mit, daß wir noch nie gegen die socialdemokratische Partei oder gegen einzelne Angehörige derselben aktiv vorgegangen sind; daß jener Betrag zu dem genannten Zweck weder mit unsrer Genehmigung noch mit unserem Wissen gefaßt worden ist; daß wir die Bürgerische Schrift nicht einmal dem Inhalt nach kennen.

Auf Grund unsrer Nachforschung nach dem Zusammenhange der fraglichen Angelegenheit können wir Ihnen der Wahrheit entsprechend mitteilen, daß einer unserer Beamten, in der Annahme, es handle sich, wie früher schon geschehen, um einen Beitrag zur Agitation gegen die in Aussicht stehende Erhöhung der Verkaufspreise und gegen die Erhöhung der Gersten- und Hopfenzölle, jene 100 M. an die Berliner Bank in Berlin gefaßt hat.

Hochachtungsvoll
Aktien-Lagerdirektorin
zu Schloß-Chemnitz.
Klapp.

Der Vertreter der Firma, der persönlich bei uns vorsprach, versicherte uns überdies, daß kein Exemplar der Broschüre in der Brauerei oder sonst einem Teile des Betriebes verteilt worden ist.

Freiwillig und Reichstags-Wahlrecht. Mag sich der freiwillige Kandidat im nächsten Berliner Wahlkreis, Herr Juid, mit noch so getunenen Redensarten gegen den Verdacht wehren, daß er eine plutokratische Umgestaltung des Reichstags-Wahlrechts angepöbeln habe, die Thatsache bleibt dennoch bestehen, daß der Freiwillige in Bezug auf das Reichstags-Wahlrecht nicht mehr „Stubenrein“ ist. Die neueste Bestätigung liefert der freiwillige Wahlaufauf in Nürnberg, worin lediglich die Aufrechterhaltung des allgemeinen und direkten Wahlrechts versprochen wird. Wenn auch dieser Wahlaufauf an anderen Stellen bereites Zeugnis von der politischen Unwissenheit seiner Verfasser ablegt, so ist doch nicht anzunehmen, daß sie die Art des heutigen Wahlrechts nicht kennen sollten. Warum treten die Nürnberger Freiwilligen also nicht auch für das gleiche und geheime Reichstags-Wahlrecht ein? Beißt es ihnen etwa in ihrem seitenslangen Anruf an Platz für diese beiden kurzen Worte? Dann hätten sie es ja bequemer gehabt, einfach zu sagen, daß sie für das beste und beste Wahlrecht eintreten wollten! Nachdem sie sich aber schon einmal in eine genaue Definition des von ihnen gewünschten Reichstags-Wahlrechts einließen, haben sie durch die Form dieser Definition bargehen, daß sie auf das gleiche und geheime Wahlrecht keinen Wert legen. Es bleibt ihnen jetzt nur noch zu entbehren, in welcher Weise sie die „Unzulässigkeit“ gegen die „rohe Faust“ bei den künftigen Reichstagswahlen zu justifyen gedenken.

Hui! Hui! lex Heinze! Die Ultramontanen in der Grafschaft Glatz schreiben in ihren Flugblättern, die Socialdemokratie wolle nicht eher ruhen, bis der letzte Pfaffe am Darm der letzten Röhre am Laternenpfahl hängelt.

So wird die Sittlichkeit der Landbevölkerung untergraben!

Centrumshäner. Die Richtung um Schreiner im Rheinischen Bauernverein hat nun doch noch, und zwar in allen rheinischen Wahlkreisen, Kandidaten aufgestellt. Das Centrum hat sich also verrechnet, wenn es glaubte, daß, wenn Schreiner pensioniert würde, die Sache erledigt sei. Gerade in den letzten Tagen sind die Bauern energisch in die Agitation eingetreten und in verschiedenen Versammlungen mit den Centrumsführern zusammen-

geraten. Unter allen Umständen sollen die Bauern nicht mehr so viele Juristen als Kandidaten aufgestellt wissen und kritisieren, daß die Geschäftsleitung zu stark in den Wahlkomitees vertreten ist. Das Wahlkomitee der „ländlichen Centrumswähler“, wie die Schreinerische Richtung sich nennt, hat dieser Tage ein Flugblatt herausgegeben, in welchem dem offiziellen Centrum in derber Weise zugelegt wird und in welchem die Kandidaten bekannt gegeben werden. Die vorwiegend ländlichen Wahlkreise, in welchen die Bauern eine größere Stimmzahl erwarten, sind mit sechsundzwanzig Kandidaten besetzt, während für sämtliche übrigen Wahlkreise der zweite Vorsitzende des Rheinischen Bauernvereins, Gutsbesitzer Ludwig Bömmiger, Kemper-Schnalbroich, als Ersatzkandidat nominiert ist. Der Redakteur Schreiner selbst hat nirgend eine Kandidatur angenommen, wahrscheinlich um der Centrumspresse die Gelegenheit zu nehmen, das persönliche Moment zu sehr in den Vordergrund zu schieben. Soweit die aufgestellten Kandidaten bekannt sind, handelt es sich um alte Centrumshäner. In dem Flugblatt heißt es, daß die Kandidaten

1. für sofortige Kündigung der Handelsverträge eintreten,
 2. nur Handelsverträge zustimmen, wenn
 - a) vorher die Reichsbegünstigungsverträge mit Amerika und Argentinien gekündigt sind,
 - b) wenn dieselben keine die Landwirtschaft schädigende Belastungen der im Tarif stehenden Zollsätze enthalten.
 3. Schutz verlangen gegen die Ausbeutung des Mittelstandes durch den Kapitalismus,
 4. eintreten für Verbot bezüglich Beschränkung der Warenhäuser, Konsumvereine, Wanderverlager, Abschlagsgeschäfte, der schwindelhaften Wasserläufe usw.,
 5. in allen wirtschaftlichen Fragen sich den Grundgedanken der Nationalität machen: In erster Linie Schutz der heimischen Arbeit und Produktion.
- Die Centrumspresse speit Gift und Galle über die Vertreter am Centrum und besonders über die kleine Centrumspresse etwas zu gute. Die katholische Geistlichkeit wird das ihre schon dazu beitragen, die Bauern irre zu machen.

Nur ein Versehen! Der Regierungspräsident v. Windheim hatte mit Bezeichnung seines amtlichen Charakters den Wahlaufauf für den Kandidaten der extremen Agrarier und Konservativen im Wahlkreis Frankfurt a. O. Lebus unterschrieben; wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat Herr v. Windheim jetzt seine Unterschrift zurückgezogen!

Was hilft das Zurückziehen der Unterschrift vier Tage vor der Wahl, nachdem Herr v. Windheim wochenlang amtliche Ordnungspromaganda getrieben hat!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juni.

Wehrt Euch!

Ueber die „Reichsfinanzreform“, über welche die angeforderte Konferenz der Finanzminister beraten soll, soll jetzt der bayrische Ministerpräsident Freiherr v. Podewils einige Mitteilungen gemacht haben.

Ministerpräsident v. Podewils erklärte nämlich, wie aus München gemeldet wird, einem Vertreter der „Münch. Ztg.“, daß Tabak- und Biersteuer bei der demnächstigen Konferenz der Finanzminister zur Begutachtung des Entwurfes einer Reichsfinanzreform nicht umgangen werden könnten.

Herr v. Podewils hat damit nicht mehr gesagt, als was Thielmann und Posadowsky längst angekündigt haben.

Für das Volk bleibt nur noch eines zu thun übrig: Am 16. Juni so zu wählen, daß die Herren Finanzminister die „demnächstige“ Ausbeutung des Bieres und Tabaks auf den St. Nimmerleinstag verschoben! —

Nationales Reperctum.

Ein Auktadei hat der Kardinal-Kürstbischöf Kopp dem Centrum nicht nur, sondern auch der katholischen Kirche mit seinem wahlerepresserischen Hirtenbriefe in das Netz gelegt. Er hat, wie die „Volks-Zeitung“ zu melden weiß, das ganze Volentum, und zwar nicht bloß das ober-schlesische und preussische, sondern auch das galizische und russische in eine fiederhafte Bewegung versetzt. Davon weiß auch der „Dziennik Berlinki“ zu berichten. Er schreibt: „Bestern und heute kamen zu uns viele Leute, bekannt als fanatische Katholiken und Anhänger der Geistlichkeit. Sie sind auf das höchste empört über das, was sie in den Kirchen hören (Verlesung des Koppischen Hirtenbriefes in Berlin, Charlottenburg usw.) und fordern unsre Vermittelung behufs Einberufung einer Protestversammlung gegen derartige ... Die Protestversammlungen finden natürlich statt.“

Und der „Wiesener „Glos Stonski“ berichtet: „Die ober-schlesischen Polen protestieren beim Papst gegen den Hirtenbrief des Koppbischöfs Kopp. Es sei zu erwarten, daß die polnisch-katholischen Gemeinden von Kopp abfallen. Die ober-schlesischen Polen wollen nur in den Krakauer und Osmäyer Diözesen beichten und kommunizieren. Die Koppischen Pfarren drohen den Lesern der polnischen Blätter die Entziehung der Sacramente an.“

Der Mißbrauch geistlicher Gewalt im Kampfe gegen die Socialdemokratie ist allen bürgerlichen Parteien recht. Das Bürgerthum muß erst in seiner eignen Position, in seiner nationalen Idee angegriffen werden, um zwischen dem Nein und Dem der Kirche und des Staates unterscheiden zu lernen. Einst tobte das nationale Deutschthum gegen Ledochowski, jetzt ist das nationale Volentum über Kopp ergrimmt.

In welsch anmutigen Kontingenzen der Hirtenbrief des Koppbischöfs Kopp führt, beweist der Umstand, daß sich jetzt ein begüterter Nationalpol mit Hilfe eines Actonbills zweiter Klasse aus Oesterreich die Segnungen der Kirche holen kann, während der arme Teufel, den die Rot im Lande hält, nach Herrn Kopp's Willen mittelstlos zur Hölle fahren soll. Ehedem galt der Satz, daß ein Kamel eher durch ein Nadelöhr komme als ein Reicher in den Himmel, jetzt haben es die Reichen in der Breslauer Diözese viel bequemer und der Satz gilt nicht für sie für die Armen.

So will es Kopp, der Palastherr! —

Barbarische Rechtsübung.

Die Blätter melden: Der mehrfach zum Tode verurteilte Luftmörder Lehnow hat sich in der Unversitätsklinik zu Greifswald einer schweren Operation unterziehen müssen. In seinem Kopfe hatte sich ein Aneurysm gebildet, der durch einen Eingriff in die Schädelhöhle entfernt werden mußte. Die Operation verlief günstig, und das Befinden des Patienten ist befriedigend. Tischlerergessele Ludwig Lehnow ist bekanntlich wegen des Doppel-Snabermordes in Vade auf Klagen und wegen eines Doppel-Mädchenmordes in der Nähe von Osnabrück vom Schwurgericht in Greifswald viermal zum Tode verurteilt worden. Das von ihm beantragte Wiederannahmeverfahren ist seiner Zeit von sämtlichen in Betracht kommenden Instanzen zurückgewiesen worden.

Der Abschluß im Kopfe des Märbers ist nicht von gestern auf heute entstanden; es liegt die Annahme außerordentlich nahe, daß man es mit einem Anzurechnungsfähigen zu thun hat, der schon zur Zeit seiner Mordthaten unzurechnungsfähig war. Es widerspricht schon dem geltenden Recht, einen Anzurechnungsfähigen hinzurichten; vor einer gesteigerten wissenschaftlichen Erkenntnis kann aber das Verfahren vollends nicht bestehen. Der Abschluß vor den Mordthaten ist begrifflich und berechtigt, und es mag auch begrifflich erscheinen, wenn das Empfinden der großen Masse des Volkes nach Vergeltung ruft. Es ist daher die Aufgabe der Wissenschaft, dem Volke ihre höheren Erkenntnisse zu vermitteln und es zu einer geklärten Auffassung von den Aufgaben der Rechtspflege zu erziehen, die nicht mehr in der rohen Vergeltung zu suchen sind. —

Deutsches Reich.

Das dicke Ende kommt nach. Die „Rhein. Westf. Ztg.“ meldet aus Berlin über die Vorbereitungen der neuen Artillerievorgänge:

Unser Mitteilung darüber, daß nämlich eine Batterie der Garde-Feldartillerie mit den neuen Rohrwaffen-Geschützen ausgerüstet worden sei, können wir dahin ergänzen, daß es sich nicht nur um diese eine Batterie handelt. Es sind bereits mehrere Batterien an die zum Empfang bestimmten Truppen abgegeben. Eine ist dazu bestimmt, auf einem unster Schießplatz ein Scharfschießen vor dem Kaiser vorzunehmen. Da weitere Geschütze in Arbeit gegeben sind, so laun man mit Sicherheit darauf rechnen, daß während der Kaisermanöver auf jeder Seite sechs Batterien mit den neuen Feldgeschützen erscheinen. Mit dieser Anzahl dürfte man in der Lage sein, ein endgültiges Bild über die Brauchbarkeit der Rohrwaffen-Geschütze zu erhalten, welches durch das mit einer vollen Batterie vorgenommene Scharfschießen vervollständigt wird.

Das sind vorläufig zwölf Batterien. Das übrige soll der neue Reichstag bewilligen trotz Stimmensinder Depesche und Jesuitengefetz. Das Centrum thut es. —

Katholische Kupferbetriebe.

Wie ist das letzte Winkelblatt ist die vor der „Germania“ zuerst aufgegriffene Angelegenheit über den „Vorwärts“-Betrieb geklärt worden. Raum ein halbes Duzend Blätter haben von unsrer Nichtstellung vollinhaltlich Notiz genommen. Von Berliner Blättern haben das „Berliner Tageblatt“ und die meisten andren Zeitungen unsre Erklärung überhaupt unterschlagen, die „Freisinnige Zeitung“ und die „Germania“ verstümmelt wiedergegeben.

Die „Germania“ hat geschwiegen, nachdem wir in ihren Betrieb geklopft. Sie griff zur Methode der Revolverpresse und brachte in der Dienstag-Nummer in auffälliger Schrift folgende „Briefkastennotizen“:

Schriftlicher, hier. Ihre Mitteilungen über den „Vorwärts“ sind in einem Punkte unklar. Wollen Sie nicht gütigst behufs Nachfrage Ihre genaue Adresse angeben? Selbstverständlich wird strengstes Redaktionsgeheimnis gewahrt bleiben.

Zeitungsaussträgerinnen betreffend wird der Verfasser des Schreibens über die Kartarbeit der „Vorwärts“-Aussträgerinnen um gütige Angabe seiner Adresse gebeten.

Der „Genosse“, welcher über die Mißstände in der „Vorwärts“-Druckerei und geschrieben und sich „ein Elender von den Elenden“ unterzeichnet hat, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Anonyme Zuschriften können wir nicht berücksichtigen.

J. P. hier. Besten Dank für Ihre Mitteilungen.

„Unbekannt“ hier. Sie können und ruhig Ihren Namen nennen, da derselbe strengstes Redaktionsgeheimnis bleiben wird. Für Ihre sachlichen sehr beachtenswerten Aufschlüsse über den „Vorwärts“-Betrieb vorläufig unsern Dank. In der nächsten Nummer“ konnten wir Ihre Mitteilungen, die wir selbstverständlich unverändert und unbeschnitten wiedergeben werden, noch nicht veröffentlichen; vielleicht morgen.

Inzwischen hat sich die „Germania“ nach diesen Erpreffer-Notizen, die auf die Einschüchterung des „Vorwärts“ berechnet waren, eines Besseren bekommen und schweigt.

Erstaunlich bleibt bei alledem, wo die kirchliche Winkelpresse, in deren Betrieben die ärgsten Mißstände herrschen, den Put sand, den „Vorwärts“-Betrieb zu belauden. Dieses Uebermaß von Heuchelei hat in den beteiligten Arbeiterkreisen große Empörung hervorgerufen und wir werden mit Zuschriften überhäuft, die uns die Zustände in den katholischen Druckereien schildern, deren Blätter dem „Vorwärts“ „Lohnbrüdererei“ usw. vorzuwerfen wagen.

Wir veröffentlichen heute eine dieser Zuschriften aus Rheinland-Westfalen:

Mit den schmutzigen Anwürfen der „Germania“ gegen die „Vorwärts“-Druckerei sind durch das Berliner „75 Pfennig-Korrespondenz-Bureau“ sämtliche Centrumsbücher Rheinland-Westfalens verlogt worden und diese heute in wahrer Wollust das gesunde Pressen „zu gelegener Zeit“ gegen die Socialdemokratie allenthalben aus; dabei vergessen sie vollständig, in welsch gefährlichem Gladhaus sie selbst sitzen. Aber das ist so ihre Art: „Je schlechter man selbst ist, desto schlechter spricht man über andre.“

Die soeben vom Gau Rheinland-Westfalens des Verbandes deutscher Buchdrucker versandt, am 21. Februar 1903 aufgenommene Statistik über die Einführung des deutschen Buchdrucker-tarifs schneidet für die katholischen Druckereien sehr schlecht ab. Es seien hier einige größere katholische Verlags- und Zeitungsdruckerien hervorgehoben, von den vielen kleineren Druckereien, besonders des linken Rheinufers wollen wir gar nicht reden. Im Westen angefangen ist es zunächst Paderborn, wo 6 katholische Druckereien den Tarif nicht und die eine nicht-katholische Druckerei denselben anerkannt haben. Dort arbeiten z. B. in der Bonifazius-Druckerei (gehört einem geistlichen Millionär) bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit 18 Gehilfen unter Tarif, bei Jungfermann, 9 1/2 stündiger Arbeitszeit, 10 Gehilfen unter Tarif, bei Ferd. Schöning (Inhaber ebenfalls Millionär) 10 stündiger Arbeitszeit, 35 Gehilfen unter Tarif. Dann Voimann in Dülmen, 10 stündige Arbeitszeit, 11 Gehilfen unter Tarif, Münster, Westfalen, Vereins-Druckerei, 9 1/2 stündiger Arbeitszeit, 32 Gehilfen unter Tarif. Ferner in Rheinland: Eiberfeld, Wuppertaler Altendruckerei, 9 stündiger Arbeitszeit, 11 Gehilfen unter Tarif; Bonn: Karl Georgi, 9 1/2 stündiger Arbeitszeit, 29 Gehilfen unter Tarif, Hauptmann, 10 stündiger Arbeitszeit, 12 Gehilfen unter Tarif usw.

In der Statistik sind ferner 25 katholische Druckereien angeführt, in welchen kompensiert wird, d. h. in denen die von der katholischen Kirche eingeleiteten Feiertage durch unbezahlte Ueberstunden in geschiedener Weise nachgearbeitet werden müssen. Unter diesen Druckereien befindet sich die der „Eisener Volkszeitung“, welche den Mund gegen die „Vorwärts“-Druckerei am meisten voll genommen hat. Drei Druckereien lassen an den katholischen Feiertagen, an denen nach kirchengebot die Arbeit ruhen soll, wader drauf los arbeiten. Nicht unerwähnt sei der Geschäfts-Kaplan Dabach, welcher in seinen vielen Druckereien den Tarif auf vier Wochen „einsperrte“, aber alsbald die Anerkennung des Tarifs wieder zurückzog.

Zieht man nun noch in Betracht, daß es gerade die katholischen Druckereibesitzer waren, welche die Kompensierung der katholischen Feiertage und die erweiterte fünfklassige Lohnskala, im Gegensaatz zu der dreiklassigen des übrigen Deutschlands, zur Bedingung des Anschlusses an die deutsche Tariftgemeinschaft gemacht und dadurch die Position eines Teiles der bis dahin schon tariflosen Gehilfschaft verschlechtert haben, so laun man die ganze Heuchelei dieser demagogischen Centrumspresse erschaffen.

Andre Zuschriften schildern uns die Verweigerung des Koalitions-rechtes. Wir werden darauf zurückkommen. —

Schweiburg hat recht! Er hat neulich darüber gesagt, daß wir die kleinen Vermögen mit einer 1/2-prozentigen Vermögenssteuer belegen wollten. Wir haben darauf geantwortet, wir dächten nicht daran; das halbe Prozent sei als Durchschnit gemeint, die großen Vermögen sollten stärker belastet werden. Jetzt erklärt er: er glaube ja ganz gern, daß und das so recht wäre, aber die Folge eines solchen Steuerdrucks würde natürlich das Auswandern der großen Kapitalien sein.

It's möglich? Die vaterlandslosen Gesellen bleiben zu Hause und bezahlen aus ihrem einzigen Kapital, ihrer Arbeitskraft,

zwanzig und fünf und zwanzig Prozent an den Staat? Die patriotischen Kapitalisten würden aber sofort den deutschen Staat von ihren Füßen schütteln, wenn man sie mit einem halben Prozent ihres Vermögens besteuern würde?

Schweiburg hat recht!
Wir haben es positiver gefunden, daß er über eine Verminderung des Nationalvermögens wehe schreit, die unser beiläufiger Steuerplan zur Folge haben müßte. Wir haben damals gedacht, das Nationalvermögen sei die Summe der materiellen Güter, die die Nation besitze. Er aber belehrt uns, daß das Nationalvermögen die Summe jener Güter ist, die die Nation nicht hat, sondern den Kapitalisten schuldig ist: die dreieinhalbprozentigen Schuldverschreibungen usw. Das sei doch ganz klar; wir hätten uns nur dumme gestellt.

Von seinem Standpunkt aus hat er wieder vollkommen recht!
Er macht deshalb, um so großes Unheil zu verhindern, anlässlich der berühmten „demnächstigen“ Konferenz der Abgeordneten für neue Bier- und Tabaksteuer-Stimmung.

Und damit hat er von Standpunkt der patriotischen dreieinhalbprozentigen Schuldverschreibungen aus wiederum recht!

Freilich bleibt nur, ob sich die Masse des Volkes bei den „demnächstigen“ Wahlen zu dem „demnächstigen“ Bier- und Tabakkollegium nicht ebenso dumme stellen wird wie der „Vortwärts“. Herr Schweiburg und seine dreieinhalbprozentigen Patrioten thäten uns leid, wenn sie darum vaterlandslos würden.

Die „sozialistische Federführung“ glaubt die Centrumpresse und ihre Handlangerin die „Freisinnige Zig.“ fortgesetzt benützen zu können, um die Aufmerksamkeit der Wähler vom Ernst der politischen Situation abzulenken. Wohlwollend verschweigt sie unsere altentworfene Festsetzung ihrer Verdrehungen und Schwindereien. Eugen Richter hieß sich die Namen der bürgerlichen Abgeordneten zu veröffentlichen, die dem Verfasser der ersten Auflage des „Sozialistischen“ ihre „Ehrenwort“ für mindestens zwölf nachgewiesene faule Lügen versprochen haben sollen. Die im Witzesitz des Herrn Richter stehende „Königliche Volkszeitung“ erklärt in Bezug auf unsere Festsetzung der „ehrenwörtlichen“ Versicherung: „Neues erfährt man aus dem langen Artikel nicht.“ Wir bezweifeln nicht, daß die „Königliche Volkszeitung“ die Wahrheit unserer Darlegungen bereits kannte und acceptieren gern ihr Zugeständnis, daß sie also bewußt die Unwahrheit ihren Lesern aufgetischt hat. Künftig hält sie insbesondere die Feststellung ihrer Leser vor, daß die Belämpfung des Polles auf Haarwird eine Belämpfung gegen die Vernechtung des Wildschadens bedeutete und daß dieser zu Gunsten der christlichen Arbeit des mühsam arbeitenden Bauern erfolglos sozialdemokratischen Belämpfung auch ein Centrumsabgeordneter beigetreten ist. Wir lehnen es ab, den Verein der Lebensmittelpolstrebenden aus dem Centrums- und freisinnigen Lager in ihrem Bestreben zu unterstützen, die Aufmerksamkeit der Wähler von ihrer Lebensmittelpolitik abzuwickeln. Die Abgeordneten derselben Departe, die sich jetzt darüber erhitzen stellen, daß für „Luzusgegenstände“ Sozialfreiheit beschränkt sei, haben für Sozialfreiheit der größten wirklichen Luzusgegenstände entgegen sozialdemokratischen Anträgen im Pleum und in der Kommission gestimmt, insbesondere für die Sozialfreiheit auf Luzus-See-Fischen, welche nur Millionäre sich halten können. So haben die Centrumsleute und die Herren der freisinnigen Volkspartei am 10. und 11. November 1902 „im Interesse des Kapitals und des Luzus“ gestimmt. Das Centrum hat durch die That gezeigt, daß es für die Luzusgegenstände der großen Masse im Sinne Bismarcks stimmte. Bismarck führte am 22. November 1876 im Reichstag aus:

„Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Summen steuert. Ebenso steht es auch mit dem Bier, dem Branntwein, dem Zucker, dem Petroleum und all diesen großen Verzehrungsgegenständen, gewissermaßen den Luzusgegenständen der großen Masse.“

Die katholischen Arbeiter, die für das Centrum stimmen, tragen zur Vertierung dieser Luzusgegenstände des Wasserverbrauchs bei und ziehen ihren „inneren Feind“, den kurrenden Magen, groß. Ein netter „Kulturkampf“.

Socialdemokratie und Lebensschutz. Wir können heute mitteilen, wie die „Staatsbürger-Zeitung“ weiter die Wahrheit ritualmordet. Ersten: Die Feststellung, daß der erste sozialdemokratische Antrag außer dem Lebensschutz noch für die Sonntags beschäftigten Gelehrten einen freien Tag in der Woche forderte, wird nach wie vor verschwiegen.

Zweitens: Daß Stadhagen den Auktions-Ladenschluß in Gotha belämpft habe, wird fallen gelassen. Die Keuherung sei in einer Berliner Versammlung gefallen. Es ist richtig, daß damals in einer Versammlungsabteilung der Auktions-Ladenschluß als „Ankerfischer“ bezeichnet wurde — aber nicht aus Abneigung gegen den Schatz der Handlungsgehilfen, sondern weil dieser „Schatz“ dem Redner mit Recht nicht ausreichend erschien.

Drittens: Möchten wir zur Vollständigkeit noch erinnern, daß in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung die Socialdemokraten den Auktions-Ladenschluß an Sonntagen beantragt haben.

Viertens: Die erbittertesten Gegner der Sonntagsruhe und des Lebensschutzes gerade die kleinbürgerlichen Elemente gewesen, deren Interesse die „Staatsbürger-Zeitung“ zu vertreten vorgiebt!

Tante Voss als Prophetin. Die „Vossische Zeitung“ findet aus dem Koffersack ihrer hellsehenden Weisheit das Folgende:

„Die Wahrnehmung wird allgemein bestätigt, daß der Bund der Landwirte fast allenthalben an Einfluß bedeutend verloren und die Socialdemokratie in vielen Großstädten und Industriebereichen ihren Höhepunkt überschritten hat!“

Wir werden sehen, ob sich die „Voss. Zig.“ diesmal als bessere Prophetin erweist als in den dreißiger Jahren, in denen sie jedesmal vor den Wahlen das gleiche „Gesicht“ hatte.

Im Wandel der Zeiten. Man schreibt uns aus Süddeutschland: Der dreifache Wahlerfolg des Erzbischofs Kopp von Breslau mag seinen unmittelbaren politischen Zweck vielleicht erfüllen und den großen politischen Teil des oberösterreichischen Alters bei dieser Wahl zum Vermögen bringen; hier unten in Süddeutschland ist er uns aber eine erwünschte Waffe mehr im Kampfe gegen das Centrum. Eine langwierige und anstrengungsreiche Aufklärungsarbeit hat hier doch schon so viel fruchtbar, daß auch solche katholische Wähler, die sich wohl oder übel die politische Separatheit ihres eignen Pfarrers oder Kaplans gerade noch gefallen lassen, gegen die Erlasse der kirchlichen Oberen sehr mißtrauisch geworden sind. Die bairischen Bischöfe hätten sich denn auch wohl, mit Ortsbriefen nach der Art der Koppisten hervorzutreten, und die ultramontane Presse ist deshalb darauf angewiesen, alte Formulare wieder abzurufen. Erfolg, wie wir schon andeuteten, mindestens zweifelhaft!

Aber es ist doch interessant zu sehen, wie sich in diesen alten Kulturkampf-Dokumenten, so z. B. in einem Ortsbriefe, den der Bischof Johannes Valentin von Würzburg am Tage Maria Heimgangung 1876 veröffentlichte, das Centrum mit der Kraft der Verweigerung gegen den Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit“ und „Reichsfeindschaft“ wehrte.

„Je näher der Tag der Wahl rückt“, so heißt es in jenem Ortsbriefe, „desto mehr steigert sich ihre (der Liberalen) Thätigkeit, desto mehr entbrennt ihr Eifer, ihre Streitsucht gegen ihre Gegner, die von ihnen so bezeichnete reichsfeindliche, ultramontane Partei. Und wer ist diese ultramontane, reichsfeindliche Partei? Das sollen wir sein, Geliebteste, die wir treu wie unsere Väter der heiligen katholischen Kirche und ihrem Glauben anhängen; . . . sie nennen uns — die treuen Katholiken — reichsfeindlich und antinational. . . wir heißen bei unseren liberalen Gegnern Reichsfeinde, ultramontane und kulturfeindlich.“

„Wenn auch unsere Gegner — die Liberalen — noch hundertmal wiederholen, daß sie gegen Religion und Kirche, gegen unseren Glauben und unsere heiligen Sitten nichts vorhanden, so haben diese Redensarten alle Bedeutung und Glauben verloren für jedermann,

auch für den Einfältigsten, der bisher Augen und Ohren nicht ganz verschlossen hat. . . Darum müssen wir Euch zurufen: „Keine Stimme darf unserer Partei verloren gehen, kein katholischer Mann darf an der Wagschale fehlen. Nichts kann ihn vor seinem Gewissen entschuldigen, wenn er durch seine Nachlässigkeit oder Furcht der heiligen (!) Sache seiner Partei seine Stimme entzieht oder gar der Gegenpartei zu seinem eignen Verderben zum Siege verhilft.“ . . . Vorstehendes ist beim Pfarrgottesdienst in allen Kirchen ohne alle Zusatz- und Erläuterungen zu verlesen.“

Die Töbseinschaft, die aus diesen Worten spricht, hat die schwarze Gesellschaft nicht verhindert, Arm in Arm mit den Brotwuchern anderer Konfessionen, mit den dreimal verfluchten „Liberalen“, den Vernechtungskämpfern gegen Volksrechte und Volkswohlfahrt zu führen; und andererseits wird heute höchstens noch ein halbverfeinerter Liberaler von anno Tobal dem stotternden, militärkommen und kolonialistischen Centrum den Vortwurf der „Reichsfeindschaft“ und der „Vaterlandslosigkeit“ machen. So ändern sich die Zeiten und die Dinge mit ihnen. Nur von einem können das Centrum und seine Namen noch heute nicht lassen: die religiösen Gefühle der Masse mißbrauchen sie auch heute noch zum Stimmenfang und vernechten den härtesten Gewissenszwang nicht, um politische Geschäfte zu machen.

Nach der Heuernte verdußt ich! Die offiziöse „Königliche Zeitung“ will zwar amtlich nicht dabei gewesen sein, als Herr v. Podbielski diesen Ausdruck that, sie will auch amtlich überhaupt nichts von seinem Verdunstungsabfichten gehört haben, aber soviel hat sie nichtamtlich doch in Erfahrung gebracht, daß der sonst so fröhliche Minister lebend, sehr lebend sei. . . !

Herr Schönlank, der Justizminister, dagegen leidet, wie sie erfährt, an feinerlei Ministerkrankheit. Er gedankt noch manchen jüdischen Affektor zu überleben.

Ein sehr hübsches Zugeständnis aus einem konservativen Blatt zieht die „Sächsische Arbeiterzeitung“ wieder aus Tageslicht. In den „Grenzboten“, der bekannten in Leipzig erscheinenden konservativen Wochenzeitschrift, hieß es in einer Bücherbesprechung vor einigen Jahren:

„Die politische Bedeutung der Staatsschuld beruht darauf, daß jede feste Schuld des Staates ein Darlehn ist des Einzelnen an die Gemeinschaft. . . Also, jede Staatsschuld macht aus der Liebe zum Vaterlande ein berechnbares Interesse an seiner Erhaltung und seinem Wohlsinn.“

Dazu schreibt wörtlich der „Grenzboten“-Redakteur: „Diese materielle Grundlage der konservativen und patriotischen Gesinnung ist auch hinlänglich bekannt. Nur sollte man, so oft sie erwähnt wird, niemals unterlassen, daran zu erinnern, daß bei den Armen, die, anstatt vom Staate Zinsen zu beziehen, mit ihrer Arbeit die Zinsen für die Staatsgläubiger aufbringen müssen, diese ganze Einrichtung daher die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen muß.“ (Also nicht konservativ Gesinnung! D. R.) Der Kritiker weist dann ferner nach, daß durch die Staatsschulden das Sinken des Zinsfußes verhindert wird.

„Weil aller Reichtum der ins märchenhafte gestiegenen Produktivität nicht ins Einkommen der Massen übergeht, sondern nur das Kapital der Reichen vermehrt, so ist der Geldmarkt bald wieder überschwemmt, der Kapitalzins sinkt wieder, und dann muß ihm eben wieder eine neue Anleihe auf die Beine helfen. So verhindert der Kriegszustand der Staaten das Sinken des Zinsfußes auf Null und einen Zustand, bei dem das Ansammeln von Geldkapital keinen Sinn mehr haben würde, daher ein jeder von seiner Arbeit leben müßte, aber auch könnte, weil sich der ganze Arbeitsertrag unverkürzt unter die Arbeitenden verteilen würde.“

Die indirekten Steuern treffen das arbeitende Volk. Des geistlich indirekt zu ein konservativer Herr, Dr. Sturmhöbel in Leipzig, der in einer Halle-Versammlung sagte:

In einem Punkte bin ich gewiß gleichen Sinnes wie Herr Professor Hase — und dessen bin ich sicher, obwohl ich vorher nicht mit ihm darüber gesprochen habe, — daß nämlich unsere Reichs-Finanzverfassung einer gründlichen Reform sehr bedürftig ist. Ich meine, man solle die indirekten Steuern vermehren, damit wenigstens die, welche für Flotte und Heer nicht geben wollen, auf der andern Seite herangezogen werden.

Die nichts geben wollen, das ist das arbeitende Volk; der konservativ Herr will sie durch Vermehrung der indirekten Steuern zwingen, noch mehr als bisher dazu zu geben.

Ausland.

Italien.

Demission des Kabinetts. Nachdem der Marineminister Vettori und der Minister des Innern, Giolitti, gestern bestimmt erklärt hatten, ihr Amt niederlegen zu wollen, trat heute das Kabinett zu einer Beratung zusammen, in der nach telegraphischer Meldung beschlossen wurde, daß das gesamte Kabinett demissionieren solle. Der Grund, der das Kabinett zum Rücktritt bestimmt, ist die Abstimmung der Kammer über den Antrag Franchetti, der zur Untersuchung der gegen den Marineminister Admiral Vettori erhobenen Anschuldigungen befallentlich die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission forderte. Der Antrag fand, wie schon gemeldet worden ist, 149 Stimmen, während für die vom Kabinett verlangte Ablehnung 188 Stimmen abgegeben wurden: ein Stimmenverhältnis, in welchem das Kabinett ein Mißtrauensvotum erlitt.

Nicht unwahrscheinlich ist es, daß Janardelli wiederum mit der Bildung des Kabinetts beauftragt wird und es schließlich zu einer Rekonstruktion kommt. Vettori und Giolitti dürften jedoch kaum dem neuen Ministerium wieder angehören.

Spanien.

Socialistische Wahlen. Madrid, den 9. Juni. (Fig. Ver.) Endlich läßt sich ziemlich genau die Anzahl der Stimmen feststellen, die bei den letzten Corteswahlen für die verschiedenen Parteien abgegeben sind. Hat die sozialistische Partei auch wiederum keinen Sitz im Parlament errungen, so hat sie doch seit den vorigen, im Jahre 1901 vollzogenen Wahlen ihre Stimmenzahl um mehrere Tausende vermehrt. Es folgen auf sozialistische Kandidaten:

bei den Corteswahlen in 1891:	5 000 Stimmen,
„ „ „ „ „ 1893:	7 000 „
„ „ „ „ „ 1896:	14 000 „
„ „ „ „ „ 1898:	20 000 „
„ „ „ „ „ 1899:	23 000 „
„ „ „ „ „ 1901:	25 400 „
„ „ „ „ „ 1903:	29 000 „

Erfreulich ist die Zunahme der sozialistischen Stimmen in bühlig ländlichen Bezirken. Während in 1901 nur etwa 2000 Stimmen von Landarbeitern für uns abgegeben sind, haben wir diesmal mehr als das Doppelte in rein ländlichen Kreisen erhalten.

England.

Lord Rosebery ist unermüdet in seiner Agitation gegen das Chamberlainische Zollprojekt. Er hielt in der Londoner City im Liberalen Klub eine Rede, in welcher er ausführte, dem Lande sei in einer Weise, die nicht regelrecht sei, ein Vorschlag unterbreitet worden, über den jeder seine Ansicht ohne Rücksicht fundgeben sollte. Es handle sich um eine Frage, welche die Interessen der City auf das engste berühre, und er könne nicht glauben, daß die City, so leblos sie auch zu sein scheinen möge, völlig schlafschweigend werde bei einer Frage, welche die Ägzt an die Wurzeln der Handels suprematie Englands lege; es würde unverständlich sein, wenn die City stumm bleibe, und es sei für ihn nicht zweifelhaft, wie eine von der City ausgehende Lösung lauten würde. Rosebery bemerkte schließlich, er sei aufgefordert worden, die Stellung des Führers der liberalen Partei wieder zu übernehmen. Daraus könne er nur sagen, er sei Führer gewesen und habe eine sehr lebhaft Erinnerung an seine Erfahrungen.

Im englischen Unterhause antwortete auf die Anfrage Dugtons, ob die Regierung den Schriftwechsel mit Deutschland

bezüglich der Bewilligung von Vorzugszöllen für englische Waren seitens Kanadas veröffentlichten würde, der Premierminister Balfour, der Schriftwechsel sei noch nicht vollständig und könne daher nicht veröffentlicht werden.

Rußland.

Russische Umtriebe in Paris. Zu der in London veröffentlichten Meldung, die russische Regierung habe Schritte gethan, um der allfälligen Kritik französischer Zeitungen an der Haltung der russischen Beamten in Finnland und bei den Ereignissen in Kischineu entgegenzuwirken, meldet das Kopenhagener Blatt „Politiken“, der Chef der russischen Geheimpolizei in Paris, Manniloff, habe alle die „Ein Russen“ gezeichneten Artikel in der „Nouvelle Revue“, im „Gaulois“ und im „Figaro“ geliefert, worin gemäß den Weisungen des russischen Ministers des Innern, Herrn von Plewe, die russische Regierung verteidigt wird. Manniloff, so heißt es in der „Politiken“ weiter, hat auch in der französischen Presse die Nachricht verbreitet, ein finnändisches Komitee habe eine Flugchrift gegen die russische Geheimpolizei in Paris herausgeben wollen, habe davon aber nach Empfang von 500 Fr. Abstand genommen. Diese Nachricht ist nach „Politiken“ eine blanke Erfindung.

Türkei.

Der Aufstand der Albanen ist noch keineswegs, wie von türkischer Seite kürzlich gemeldet wurde, als unterdrückt anzusehen. Der Divisionsgeneral Schemsi Pascha ist mit einigen Bataillonen Gebirgsschützen von Jastovo zur Züchtigung der oppositionellen Albanen des Gebietes Malisija abgegangen. Aus Ipeel sind neuerdings 55 reformfeindliche Albanen verbannt worden. Die bisherige konmissionelle Untersuchung in Smeredsch, Kreis Kasoria im Vilajet Monastir, hat ergeben, daß dort ein fünfzehntägiger Kampf stattgefunden hat und die mohammedanische Bevölkerung aus der Umgebung des Dorfs geplündert hat. Bei dem jüngst im Dorfe Zenidische zwischen Adrianopel und Kirilisse stattgehabten Kampfe zwischen den bulgarischen Einwohnern des Dorfes und türkischen Truppen gab es auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Einige Häuser wurden zerstört.

Afrika.

Unterwerfung Fijis. Der von dem General O'Connor den Einwohnern von Fijig bewilligte Aufschub lief heute vormittag 8 Uhr ab. Die Vertreter von sieben Dörfern trafen früh ein, um ihre Unterwerfung anzubieten und werden die Bedingungen der Kapitulation ausführen: 1. die Auslieferung von Gewehren, die schon auf dem Wege nach Ain-Sefra sind, 2. Auslieferung der Waffen, 3. Zahlung einer Kriegsteuer. Die Operationen können als beendet angesehen werden. O'Connor wird voraussichtlich morgen Beni-Uuf verlassen.

Beni-Uuf, 11. Juni. Die Bewohner von Fijig haben mit der Ausführung der Kapitulationsbedingungen begonnen; sie haben eine Abschlagszahlung von 30 000 Fr. geleistet, 14 Gewehre gestellt, alle Gewehre ausgeliefert und Geschenke überbracht. General O'Connor hielt heute eine Parade über die Truppen ab, die demnächst in ihre Garnisonen zurückkehren werden.

Die Revolution des vornehmsten Hofes. Die militärische Königsmehelei in Belgrad wird von der europäischen Diplomatie und Presse mit der größten Seelenruhe aufgenommen. Herr Delcassé, der französische Minister des Auswärtigen, betrachtete die Ausrottung eines ganzen Königsgelechtes als „serbische Tagesneuigkeit“, an der Frankreich kein materielles Interesse habe.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber, das Berliner Regierungsorgan, zwingt sich folgende Beileidsnotiz ab:

„Ueber die entsetzlichen Ereignisse in Belgrad, die unter allen Umständen lebhaftes menschliches Mitleid mit den Opfern der Katastrophe, namentlich mit dem unglücklichen jungen König wecken müssen, laufen fortgesetzt neue Berichte ein.“

Das Berliner Regierungsblatt ist eine brave Seele! Mit dem abgeschlachten Herrschergelecht ist kein Geschäft mehr zu machen. Die etwas ungewöhnliche Art seines Endes nötigt ihr zwar, weil es sich so einmal schick, „unter allen Umständen“ menschliches Mitleid, namentlich „verrat diese Herzensneigung. Um Frau Draga vergiebt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ keine Thräne; ihr ist vermisslich Recht geschehen, sie war ja nicht einmal „ebenbürtig“.

Kein Entrüstungstelegramm ist bis zur Stunde in die Welt gegangen. Im Gegenteil! Die neuen Minister, die auf den Leichen ihr Amt errichtet haben, werden als tüchtige Menschen geschildert. Weil ein fanatischer Chinese einen deutschen Vertreter aus mißleiteter Vaterlandsliebe erschoss, wurde der Nachzug nach China unternommen. Unabhängige Dörfer wurden niedergebrannt, die Flüsse waren mit Leichen erfüllt, die Heere Europas führten reiche Beute aus dem geplünderten Lande. Wenn der vornehmste Hof Könige mordet, so ist das eine interessante Tagesneuigkeit.

All die Fanatiker, die sich an Staatsoberhäuptern vergreifen, glaubten um einer hohen Idee Willen zu handeln, sie setzten mutig ihre ganze Persönlichkeit zum Opfer, sie bezahlten die That mit ihrem Leben. Dennoch schämte die bürgerliche Presse über von Verschimpfungen der irreführten Schwärmer und Wahnsinnigen; Abschaum der Menschheit, Bestien, vertierte Unholde — das waren noch die schwächsten Worte. In Belgrad wurde das Offiziercorps mobilisiert, um im Schafte zu meucheln. Es war gar keine Gefahr dabei. Es ist ja militärische Moral, nur den Schwächeren zu überfallen. Dennoch finden wir nirgends ähnliche Verschimpfungen der Gelden des Königs mordes.

Und schließlich findet sich nicht die leiseste Betrachtung über die Gefahren einer Herrschaft, die sich allein auf die Arme stützt. Sonst wurde die deutsche Socialdemokratie verantwortlich gemacht für jede That, die ein irrsinniger Italiener ausübte. Jetzt zieht man nicht die besagte Schlusfolgerung aus dem allgemeinen Geiste des Militarismus und steht in den Belgrader Vorgängen nicht einmal eine Veräufung der Nationalhymne, daß Koffe und Keisige nicht die steile Höhe schütten. Nur die „konservative Korrespondenz“ macht den schicktesten Versuch, zu beweisen, daß die Socialdemokratie das serbische Heer demoralisiert hat. Das ist die Moral: die herrschenden Klassen sind immer nur da moralisch enttäuscht, wenn sie damit Geschäfte machen.

So jäh trachen Throne! Und niemand ist, der um die Gefürzten trauert. Der König ist gemordet, es lebe der Königs mörder! Schon beginnt Europa, sich auf die neue Herrschaft einzurichten. Kein Zweifel: wir befinden uns in der Geburt eines neuen Gottesgnadentums. Bald wird Herr Karageorgiewitsch König von Gottes Gnaden sein und der liebe Vetter aller europäischen Potentaten. Schon säubern zeitgemäß geschwundene Reporter die Krone von den Muttseden und lassen den guten Peter höchlichst überrascht über die Mordthat sein. Was ihn nicht hindern wird, die blutige Erbschaft anzutreten. Bald wird der Königs mörder an den Hüfen Europas herumreisen und Thron und Altar, Arme und Ordnung im Verein mit seinen Vettern gegen den Umsturz schützen. Und vielleicht hält ihm demnächst Herr Kirschner am Brandenburger Thor eine feierliche Ansprache. . . .

Die Flut der Telegramme schwenmt erschiklich vielfach Phantasien heran. Dahin gehören wohl durchweg die Unterredungen mit dem in Genf befindlichen Gottesgnaden-Autoärter Peter Karageorgiewitsch.

Ueber die
nächste Königsschlacht
verbreitet das „ungarische Korrespondenzbureau“ folgende Einzelheiten:

Die Verschwörer hielten am 10. Juni abends in einem Gartenlokal eine Beratung ab. Unter ihnen befanden sich auch aus Misk eingetroffene Offiziere. Nach 1 1/2 Uhr zogen die Offiziere zum Konal. Raunowitsch öffnete den Haupteingang zu den königlichen Aпарaments. Vor dem Schlafzimmer des Königs forderte Raunowitsch denselben auf, die Thür zu öffnen. Der König gab darauf eine karge Antwort. Die Offiziere versuchten nun, die Thür mit den Säbeln zu erzittern und sprengten sie schließlich mit Dynamit. Nach einer Explosion soll Raunowitsch bei der Explosion den Tod gefunden haben; nach einer anderen Version soll Raunowitsch durch Lazar Petrowitsch erschossen worden sein. Gegen den König richteten die hereinströmenden Offiziere zahlreiche Schüsse. Die Körper des Königs und der Königin wurden alsdann vom Balkon auf den Hof geschleudert, wobei dem König die Schläfe zertrümmert wurde. Der König ist erst nach 4 Uhr morgens gestorben. Advokat Jibkowitz fuhr später in einem Hofwagen durch die Straßen und hielt Reden an das Volk. Ministerpräsident Pizar Markowitsch eilte auf die Schiffe aus seiner Wohnung auf die Straße. Soldaten umzingelten ihn. Der Ministerpräsident verteidigte sich mit dem Revolver und wurde dann erschossen; auch der Minister des Innern Theodorowitsch verteidigte sich, bevor er niedergeschossen wurde. Die übrigen Minister wurden in Haft gesetzt, am Nachmittag jedoch wieder freigelassen. Es sind bereits zahlreiche Ausgewiesene nach Belgrad zurückgekehrt. Die Zeitungen billigen die Ereignisse. Die radikalen Blätter beschimpfen das Königspaar auf das grösste und führen an, der König habe die Offiziere geringschätzend behandelt. Er habe die Kriegsschule nach Schabag verlegen wollen. Die Hauptursache der Verschwörung seien jedoch die letzten skandalösen Wahlen gewesen. Einzelne Blätter sprechen von einer Republik, die meisten wünschen jedoch die Rückkehr der Karageorgewitsch.

Die Wiener „N. Fr. Pr.“ giebt von den Ereignissen der Nacht im Konal folgende Darstellung, die allerdings romantische Züge eignen Fabrikats enthält. Um 1/2 Uhr nachts marschirten 30 Offiziere unter Führung des Obersten Raschin und Oberlieutenants Mitschitsch, gefolgt von einer Abteilung des 6. und 7. Regiments nach dem Konal. Die letztere umgingelte das Schloß. Man brach die Thüren ein, um in die innern Gemächer zu dringen. Da einige Thore und Thüren nicht gleich aufgingen, wurden sie mit Dynamit gesprengt. Im ersten Vorzimmer trat Adjutant Oberst Raunowitsch den Verschwörern entgegen, er wurde niedergemacht, ebenso Generaladjutant Lazar Petrowitsch. Im zweiten Vorzimmer war König Alexander. Dieser eilte zum Fenster, rief daselbst auf und rief um Hilfe. Niemand hörte ihn. Darauf begab sich der König zur Königin und umschlang sie schweigend. In dieser Stellung erwarbte der König die Verschwörer, die mit dem Revolver in der Hand eintraten und die Waffen auf das Königspaar abföhrten. Beide fielen sich umschlingend haltend zu Boden. Gleichzeitig drangen Abteilungen Militär in die Wohnung des Kriegsministers Waldowitsch, des Ministerpräsidenten Pizar Markowitsch und des Ministers des Innern Theodorowitsch. Die beiden letzteren wurden getödtet, letzterer wurde schwer verwundet. Die Kunde wurde nun durch die Offiziere in die Kasernen und Lager gebracht. Nur ein Kommandant Komens Nikolsch, der einen Reutenant niederschloß, widersetzte sich. Er wurde erschossen. Offiziere töteten morgen durch die Straßen und veränderten dem Volke die Nachricht vom Tode des Königspaares und proklamirten den neuen König. Das Volk begrüßte die Kunde mit lauten Hilaritäten. Die neue Regierung trat im Ministerium des Innern zu einer Beratung zusammen, wozu sich auch die Diplomaten begaben. Als die ersten trafen dort der österreichische Gesandte und Militärattaché ein.

Eine Unterredung mit dem Königsmörder
wird bereits der Belgrader Korrespondent der „National-Zeitung“ gehabt haben. Der Korrespondent erzählt:

Ich suchte gestern den Oberlieutenant Mitschitsch auf, welcher zuerst auf den König geschossen haben soll. Mitschitsch sagte: „Wir waren unser viele, ob ich oder andre zuerst schossen, darüber besitzen eigentlich nur Vermutungen. Und ist die Hauptsache, daß unser Werk gelungen ist. Wir haben dem Vaterland einen ungeheuren Dienst geleistet und sind sehr befriedigt von unserm Erfolg. Gegen den Adjutanten Lazar Petrowitsch feuerte der als vorzüglichste Schütze bekannte Hauptmann Milan Mitschitsch den ersten Schuß ab, der den Adjutanten in die Stirn traf, so daß er sofort tot war.“

Die Ursachen.

Die Presse findet es als eine zureichende Ursache der Schlächtere, daß der König der Armeo „fremd“ geblieben sei. Die Armeo habe die Heirat mit Frau Draga als eine Schmach empfunden — echter Militarismus — und die Königin habe das Militär „hochmütig“ behandelt. Außerdem seien die Gagen unzulänglich gezahlt. Wenn revolutionäre Romantiker Könige werden, so thun sie es, weil sie wännen, die ganze Menschheit aus Not und Knechtschaft zu befreien. Für den vornehmsten Hod genügen geringere Beweggründe: Man mordet, wenn die „Ehre“ verlegt ist durch eine „Mißheirat“ der Majestät, oder wenn die Gagen nicht pünktlich bezahlt werden, oder wenn der Monarch bei der Armeo unbeliebt ist. Das sind thätlichst echt militärische Motive!

Das ruhige Europa.

Die offizielle Welt Europas nimmt die Königsmördererei wie etwas längst Erwartetes, Naturnotwendiges auf. So mühte es kommen — das ist der Grundton. Wenn ein Proletariat gegen einen Unternehmer, der ihn entlassen hat, thätlich wird, so werden in ganz Europa die heiligsten Güter für „gefährdet“ erklärt. Das bisherige militärische Königsmord in Serbien ist „eine innere Angelegenheit dieses energischen Volkes.“

Das „Wiener Fremdenblatt“, das offizielle Regierungsblatt Oesterreichs, denkt fast nur noch an die neue Herrschaft und setzt großes Vertrauen in den Königsmörder, der nun selbst von Gottes Gnaden wird:

Die nunmehr zur Dynastie berufene Herrschaft, zu der nach den vorliegenden Nachrichten die Dynastie Karageorgewitsch als die nächste nach dem nunmehr ausgeübten Hause Obrenowitsch berufen ist, wird vor allem für die moralische Aufrichtung des Landes zu sorgen haben. Bis zum Eintreffen Peter Karageorgewitsch liegt die Macht in den Händen Abakumowitsch, den man als Mann von festem Charakter kennen gelernt hat. Er scheint die richtige Persönlichkeit zu sein, um in so stürmischer Zeit die Ordnung aufrechtzuerhalten und Serbien aber ein so rasch eröffnetes kurzes Interregnum hinüberzuführen. Das es thätig beendigt werden kann, und daß sich in Peter Karageorgewitsch ein Nachfolger findet, der dem tiefertregten Volke die Grundlätze zu einem neuen politischen Dasein bietet, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch als einigermaßen beachtenswert zu betrachten. Man hat doch wenigstens die Hoffnung vor sich, daß die neue Kera, auf der nicht die Erinnerung vieljährig erbitterter

Kämpfe lastet, endlich Ordnung und Ruhe bringe. Nachdem durch das Belgrader Verbrechen das Haus Obrenowitsch so schrecklich geendet, haben wir keinen Grund, gegen

die natürliche Lösung der Frage,

vor welche nun das Land gestellt ist, etwas einzutenden.

Dem österreichischen Regierungsblatt erscheint das Blutbad als ganz natürliche Lösung. Die Mörder stößen ihm durchaus Vertrauen ein. Wenn sie so vorzüglich gemordet haben — der reine Präzisionsmord! — so werden sie sicher auch gut regieren. Das sind achtunggebietende Leute von festem Auftreten.

Nur in Russland heuchelt die Presse auf Befehl „Entrüstung und Abscheu“ über die Bluttat, welche ihresgleichen nur in der alten Geschichte Englands und Olyanz findet. Ueber russische Geschichte darf die russische Presse ja nichts wissen. Aber dieser besöhlene Abscheu, der über die Grenel von Asschinow nicht erlaubt ward, entspringt nur dem Verwunssein der Mitschuld. Ein spanisches liberales Blatt hat nicht so Unrecht, wenn es schreibt, Rußland und Oesterreich seien wegen ihrer Intriguen in Serbien als die eigentlichen Mörder der Königsfamilie verantwortlich zu machen.

An dem benachbarten bulgarischen Hof hat die Königsschlacht, wie telegraphiert wird, „großen Eindruck“ gemacht; die Katastrophe sei aber nicht unerwartet gekommen.

Der neue Herr

Peter Karageorgewitsch empfängt in Genf nach wie vor keine Besucher. Ein Gendarm mußte vor seine Thür gestellt werden, so groß war der Andrang der Personen, die zu ihm wollten; er behauptet auch jetzt noch, keine Nachrichten von dem in Belgrad Vorgefallenen zu haben; indessen überbringen Telegraphenbeamten fortwährend Depeschen. Karageorgewitsch trifft vorläufig noch keine Reisevorbereitungen. In Belgrad wird er erst nach erfolgter Wahl durch die Skupschina und den Senat erwartet.

Ein Ausrufer des „Daily Mail“ weiß allerlei aus einer Unterhaltung mit dem Thronwärter zu erzählen. „Daily Mail“ ist groß in der Erzählung des Geschehenen. Dem Blatt verdanken wir seiner Zeit die haarlein geschilderte Erzählung vom heldenhaften Untergang der sämtlichen Gefandten in Peking.

Budapest, 12. Juni. Dem „ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureau“ wird aus Belgrad gemeldet: Wie die vorgenommene ärztliche Obduktion ergeben hat, wurde König Alexander bei seiner Ermordung von 27 Kugeln getroffen, während der Körper der Königin von 5 Schüssen und mehreren Dolchstichen durchbohrt ist.

Wien, 12. Juni. (B. Z. V.) Die „Kölnische Zeitung“ erhält von ihrem Korrespondenten in Wien unter Bezugnahme auf die Meldung, daß vier österreichische Donau-Monitore vor Belgrad erschienen seien, folgendes Telegramm: Da in Belgrad nicht der Bürgerkrieg, sondern Ruhe herrscht, so denkt man in Wien nicht daran, irgend welchen militärischen Druck auszuüben. Noch weniger ist Grund für Robilmachungen vorhanden. Den Versicherungen Peter Karageorgewitsch' Vertretern der Presse gegenüber, daß er sich mit Oesterreich auf guten Fuß stellen wolle, wird hier Glauben geschenkt. Auch wird hervorgehoben, daß Peter Karageorgewitsch magyarisch versteht. Vorausichtlich wird ihm die Skupschina den Königsthron anbieten, und seine Macht dagegen Einwendung erheben, Montenegro etwa ausgenommen, weil Jurec Niklaus, mit seinem Schwiegersohne Peter verfeindet, diesem den Prinzen Mirko vorschleichen wollte. Die von serbischen Studenten neben der Verschwörung der Offiziere betriebene republikanische Verschwörung gilt als ungefährlich für Peter Karageorgewitsch' Königstum.

Wien, 12. Juni. Abgeordnetenhause. Am Schlusse der Sitzung erklärt der Ministerpräsident v. Koerber in Beantwortung der heute eingebrachten Interpellation über die serbischen Vorgänge, die Regierung, welcher keine andere als die bisher verlausbarsten Nachrichten bekannt seien, werde den bedeutsamen, erschütternden Ereignissen in Belgrad gewiß volle Aufmerksamkeit zu. So niederschmetternd es wohl wirkt, fährt der Minister fort, am Beginn des 20. Jahrhunderts die politische Entscheidung in solcher Weise herbeigeführt zu sehen (Zustimmung), so überaus traurig, ja tragisch die Vorverhältnisse in Belgrad vom menschlichen Standpunkte sind, so werden sie doch so lange als Angelegenheit Serbiens zu betrachten sein, als daraus keine Konsequenzen für unsere Monarchie und die Lage Europas sich ergeben. Wir hoffen, daß auch das neue Regime den Bedürfnissen des eignen Landes entsprechend ein gleiches, freundschaftliches Verhältnis zu Oesterreich Ungarn erhalten und im Sinne des Friedens auf der Balkanhalbinsel wirken werde. Jede serbische Regierung überhaupt kann allseitiger Sympathien verfehlt sein, wenn sie in ihrer auswärtigen Politik die friedlichen Dispositionen der Kabinette Europas auch zu den ihrigen macht.

Wien, 12. Juni. Die „Neue freie Presse“ schreibt: Durch die Ereignisse in Belgrad sind alle amtlichen Verbindungen Serbiens mit dem Auslande unterbrochen. Die Gesandten Serbiens besitzen keine Vollmacht mehr, ihr Land zu vertreten. Die auswärtigen Aemter kennen jetzt keine Regierung Serbiens, mit der Verkehre zu pflegen wäre. Der Mangel amtlicher Verbindungen wirkt auf die finanziellen Konditionen zurück. Erst die am Montag erfolgende Entscheidung der Skupschina wird wieder eine völkerechtlich anerkannte Stellung Serbiens zum Auslande herstellen. Man erwartet, daß der Lebergang zu geordneten Verhältnissen sich rasch vollziehen werde. (Die Unterlassung „staatlicher Konditionen“ ist wohl darauf zurückzuführen, daß man doch nicht wagt, den Mörder zu ihrem Erfolg gratulirendes Wort auszusprechen.)

Wien, 12. Juni. (B. Z. V.) Dem „Neuen Wiener Tageblatt“ wird aus Semlin telegraphiert, daß von den in den Konal eingebrungenen Soldaten die Königin geschändet und König Alexander verhöhnt worden sei. Die Nachrichten aus Serbien lauten ernst. In der Provinz finden Militärmanövern und Kämpfe zwischen Soldaten statt. Die Garnison von Misk, die sich ansammelt, nach Belgrad zu marschieren, bewoeherte der Kandidatur des Prinzen Karageorgewitsch ihre Zustimmung und erklärte, der Neuordnung der Dinge nicht eher beistimmen zu wollen, als bis alle Teilnehmer der Verschwörung mit dem Tode bestraft seien.

Genf, 12. Juni. Peter Karageorgewitsch empfing heute früh einen Vertreter der Schweizerischen Depeschen-Agentur und erklärte im wesentlichen folgendes: „Meine Anhänger haben in der That eine vollständige Organisation in Serbien, mit der ich häufig in Beziehungen getreten bin. Ich erfuhr von anderer Seite, daß die Unzufriedenheit des Volkes ihren Gipfel erreicht habe, aber in keiner Weise ließ man mich die Ereignisse der gestrigen Nacht voraussehen. Ich habe nichts zu ihrer Vorbereitung beigetragen und auch indirekt keinen Anteil daran genommen; sie haben mich überrascht. Donnerstagsvormittag gegen 9 1/2 Uhr brachte mir ein von meinem in Wien lebenden Vetter abgefordertes Telegramm die erste Nachricht über das Trauerspiel, das sich ereignet hatte. Um 1 Uhr nachmittags kam einer meiner montenegrinischen Freunde und bestätigte die Nachrichten, die bis jetzt für mich keinen amtlichen Charakter tragen. Man hat auf Karten und in Telegrammen viele Glückwünsche an mich gerichtet, aber das ist alles. Für den Augenblick warte ich die Ereignisse mit Ruhe ab. Solange keine förmlichen Vorschläge an mich ergangen sind, habe ich keinen Grund abzureisen. Ich bleibe, wo ich bin; denn niemand hat verlangt, daß ich nach Serbien zurückkehre, niemand hat mir die Krone angedoten.“

Was meine Meinung über die Vorgänge anbelangt, so bedauere ich tief, daß man geglaubt hat, das Blut in Strömen vergießen zu müssen. Ich müßte in aller Form die gewaltthätigen Mittel und bellage insbesondere, daß das Heer zu ihnen gegriffen hat, denn es hat schwere Aufgaben zu erfüllen, als zu werden. Es hätte genügt, Alexander

zum Unterzeichnen seiner Abdankung zu zwingen, und man hätte ihn verpflichtet können, wie es unter andren Umständen geschehen ist. Es ist eine schreckliche Sache, Blut zu vergießen. Sie fragen mich, welche Haltung ich einnehmen werde, wenn ich im Besitz der Krone bin? Aber bieten Sie mir diese Krone an? Jedenfalls glauben Sie sicher, daß ich, wenn man mich ruft, mich von dem Gesche der so bewundernswürdigen Einrichtungen der Schwiz werde lassen lassen. Ich habe vieles gelernt in den langen Jahren, da dieses Land mir Gastfreundschaft gewährte. Ich bin ein Freund der unbeschränkten Pressefreiheit und ich hoffe, Serbien sich entwickeln zu sehen unter der Herrschaft der Verfassung von 1880, die sehr freiheitlich ist. Was die auswärtigen Beziehungen betrifft, so hat man behauptet, daß ich planmäßig feindselig gegen Oesterreich sei. Das ist falsch; doch ist es möglich, daß ich eine besondere Zuneigung zu Rußland empfinde, wozu ich meine Kinder gefandt habe, in der Hoffnung, daß sie dort Dienst nehmen werden.

Ein Irrsinniger!

Vorgänge, wie die in Belgrad, pflegen stets die Geisteskranken unheimlich aufzuregen und so erklärt sich ein Zwischenfall, der aus Wien telegraphiert wird:

Wien, 12. Juni. Heute nachmittag wurde Kaiser Franz Josef auf einer Ausfahrt nach Schönbrunn in der Mariahilferstraße von dem aufsehend irrsinnigen Handelsagenten Reich mit einem Dolche bedroht. Reich wurde von Vorübergehenden sofort entwischt und sodann verhaftet. Kaiser Franz Josef setzte die Fahrt fort.

Nach einer andern Meldung war es nur ein Stod, mit dem der Unglückliche, der bereits in einer Irrenanstalt gewesen sein soll, in den Wagen geschlagen hat.

Wien, 12. Juni. Der Irnsinnige, der dem Kaiser heute nachmittag mit dem Dolche in der Hand entgegentrat, wurde sofort von Passanten und einem Sicherheitsmann festgenommen, nachdem der städtische Hofequipage, in welcher der Kaiser neben dem Flügeladjutanten Major Driancourt saß, ihm einen Schlag mit der Peitsche über die Hand verfehlt hatte. Auf dem Polizeikommissariat wurde festgestellt, daß der Mann 27 Jahre alt und irrsinnig ist. Jacob Reich heißt, Handelsagent ist, bereits in Irrenanstalten war und gegenwärtig beschäftigungslos ist. Derselbe ist bereits am 2. Januar d. J. mittags im Ceremoniendepartement der Hofburg erschienen und erklärte dort dem Beamten: „er möchte ihm in einer für das Reich hochwichtigen Angelegenheit sprechen“. Man erkannte ihn schon damals als Irrensinnigen, insbesondere als er auf Befragen erwiderte, er sei Gottes Sohn und habe dem Kaiser höchst wichtige Mitteilungen über die Affaire der Prinzessin Luise von Sachsen zu machen; damals wurde er nach der psychiatrischen Klinik gebracht und befand sich bis jetzt im städtischen Verordnungschaufe.

Wien, 12. Juni. (B. Z. V.) Der wegen seines Anschlags gegen Kaiser Franz Josef festgenommene Irnsinnige Jakob Reich stammt, wie die „N. Fr. Pr.“ meldet, aus Gallzien. Er hatte sich auch in Briefen an den Präsidenten Grafen Beiter als Jacob, den Sohn Gottes, bezeichnet. Heute Vormittag war er im Abgeordnetenchaufe und wollte einen Paß nach China haben; er wurde zur Polizei geschickt.

Wahlversammlungen.

In Groß-Nahersfelde fand am 11. d. M. eine öffentliche Wähler-versammlung statt, in welcher ein geistlicher Kampf zwischen der Socialdemokratie und den Konserwativen ausgedehnt wurde. Diese Versammlung war von den Konserwativen einberufen und unserm Redner eine einstündige Redezeit gewährt worden. Lange vor Beginn der Versammlung war der circusartige Saal bis auf den letzten Platz und noch zu dreieckelten von unsern Parteigenossen gefüllt. Die beiden konserwativen Referenten Dr. Adelsborn und Nonnemann waren anerkanntermaßen sachlich in ihren Ausführungen und hüteten sich sorgfältig, von den wahren Zielen der konserwativen Partei: die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts, des Koalitionswahrs, der Freizügigkeit usw. etwas verlauten zu lassen. Der erste Redner Adelsborn, aus den gesegneten Gefilden Schiebels stammend und der, wie er selbst sagte, „etwas agrarisch“ ist, sprach über den Reichs-Wahlverein, dessen Zweck, die Bekämpfung der Socialdemokratie, ja satfam bekannt ist. Der zweite Redner, Nonnemann, sprach über: „Deutschtum und Socialdemokratie“ und meinte, daß das „Schem“ der Socialdemokratie — die Socialdemokraten selbst halte er für ehrenwerte Menschen — dem Deutschtum zumiderlaufe. Er erhob unter anderem die bekannten Anschuldigungen: die Socialdemokratie zerhöre die christliche Ehe, Familie, Eigentum und sei gegen Wissenschaft und Kunst. Der Redner der Socialdemokratie, Genosse Hirsch-Charlottenburg, widerlegte in einstündiger trefflicher Rede Punkt für Punkt die beiden Vordredner unter lebhaftem Beifall der Versammlung, und betonte, daß die Socialdemokratie nie und nimmermehr auf die Erreichung ihrer Ziele, wie sie im Parteiprogramm niedergelegt seien, verzichten werde. — In der Diskussion sprach zunächst Genosse Benzel, der den konserwativen Ausführungen, von der angeblichen Kumpfeindschaft entgegenrat und die Erklärung des Professors Desbri über den geradezu glänzenden Feldzug der Socialdemokratie gegen die lex Heinze verlas. Er erklärte die Behauptung der Konserwativen, daß sie für das gleiche, geheime und allgemeine Stimmrecht seien, für lächerlich; habe doch die Gemeindevorstellung in Lichtenfelde versucht, das Gemeindevahlrecht zu verschleiern. Der Gemeindevorsteher Gebauer, der anwesend sei, habe den Gemeindevorsteher gedroht, daß sie entlassen würden, falls sie socialdemokratisch wählten. — Es sprachen noch eine Anzahl bürgerlicher Redner, die eine geradezu ausföhrliche Unkenntnis der gemöhnlichsten wirtschaftlichen Vorgänge verrieten, darunter ein Herr Stahlberg, dessen nationalökonomische Ausführungen für einen gebildeten Mann geradezu blamabel waren. — Gemeindevorsteher Gebauer konnte nicht bestreiten, den Gemeindevorsteher mit Entlassung gedroht zu haben; nur meinte er, daß er ja keine entlassen könne. Er beleidigte die anwesenden Arbeiter mit der bei den Konserwativen üblichen Bezeichnung „Schnapsbrüder“ und verließ dann unter förmlichen Entlassungsrufen die Versammlung, die erst nach Mitternacht endigte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zweijährige Dienstzeit in Frankreich.

Paris, 12. Juni. (B. Z. V.) Senat. Das Haus nimmt in zweiter Lesung mit 220 gegen 45 Stimmen den Vorschlag an, durch welchen die Militär-Dienstzeit auf zwei Jahre festgesetzt wird. Im Verlaufe der Debatte erklärte Admiral de Cuverville, General Mercier, Mézières u. a., daß sie gegen den Entwurf stimmen werden, während Kréncin für den Entwurf eintritt, der die Gleichheit des Dienstes für alle aufstelle.

Kabinettskrisis in Italien.

Rom, 12. Juni. (B. Z. V.) Wie die „Tribuna“ meldet, hat Giolitti dem Ministerpräsidenten einen Brief geschrieben, in dem er sich über die parlamentarische Lage, wie sie durch die Abstimmung am Mittwoch geschaffen ist, ausdrückt und erklärt, er nehme seine Entlassung, weil er nicht mehr auf die Unterstützung der radikalen liberalen Partei rechnen könne. Der König besprach sich heute nachmittag mit Giolitti über die Lage; dieser bestand auf seiner Entlassung. Marineminister Bettolo gab, wie die „Tribuna“ weiter meldet, den Entschluß zu erkennen, seine Entlassung zu nehmen, damit er sich freier gegen die Anschuldigungen verteidigen könne, die gegen ihn erhoben wurden.

Die socialdemokratischen Kandidaten für Berlin und die Nachbarkreise sind:

1. Kreis:

Privatdocent a. D. **Dr. Leo Arons**, Berlin.

2. Kreis:

Buehhändler **Richard Fischer**, Berlin.

3. Kreis:

Rechtsanwalt **Wolfgang Heine**, Berlin.

Niederbarnim: Stadtverordneter **Arthur Stadthagen**, Berlin.

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Stadtverordneter **Fritz Zubeil**, Berlin.

4. Kreis:

Stadtverordneter **Paul Singer**, Berlin.

5. Kreis:

Arbeitersekretär **Robert Schmidt**, Berlin.

6. Kreis:

Schriftsteller **Georg Ledebour**, Halensee.

Der Wahltag ein Feiertag.

Der Wahltag ist ein so wichtiger Tag im Leben des Staatsbürgers, daß er als ein Feiertag betrachtet werden sollte. Wir erheben seit je die Forderung, daß in Würdigung dessen die Wahl am Sonntag vorgenommen werde. Kluderei und wahltaktische Erwägungen der herrschenden Parteien haben sich bisher diesem Verlangen widersetzt. Mögen daher die Arbeiter wenigstens versuchen, in friedlicher Verständigung mit den Unternehmern wenigstens einen Teil des Tages zum Feiertage zu machen. Wir richten an alle Arbeiterwähler das Ersuchen, mit den Unternehmern in Unterhandlungen zu treten, daß am Wahltag von Mittag an die Arbeit vollständig ruhe.

Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen in Preußen. (Schluß.)

Nach dem Berichte für die Regierungsbezirke Hannover, Aachen und Osnabrück hat die flauere Geschäftslage an manchen Stellen zu Lohnherabsetzungen und Arbeitseinsparungen geführt und dadurch unter Mitwirkung der hohen Wohnungsmieten und Lebensmittelpreise die wirtschaftliche Lage vieler Arbeiter herabgesetzt.

Nicht besser steht es im Westen. Im Regierungsbezirk Arnberg hat eine Verminderung in der Zahl der industriellen Arbeiter Platz gegriffen, und zwar um insgesamt 6000 oder 3,7 Prozent. Die Lohnverhältnisse der Arbeiter bieten auch für dieses Berichtsjahr kein befriedigendes Bild. Wenn schon sich hier und da geringe Verbesserungen gezeigt haben, so können solche vereinzelte Fälle nicht in Betracht kommen gegenüber der allgemeinen Lage. Vielfach haben noch Fehlerschichten eingelegt werden müssen; auch sind die Löhne in verschiedenen Industriezweigen herabgesetzt worden. Bei zwei großen Werken, bei denen der Durchschnittslohn der Arbeiter gegen das Vorjahr um etwa 6,5 Prozent herabgegangen. In 28 Hüttenwerken im Bezirk Gagen sank der Durchschnittslohn für Kopf und Jahr um 22 M., in 18 Hüttenwerken des Bezirks Bochum um 46 M., in 21 Hüttenwerken des Bezirkes Dortmund um 66 M., und in 58 Hüttenwerken des Bezirkes Siegen um 75 M. ... Einen Schluß auf die durch die Lohnverminderung bedingte Lebenshaltung der Bevölkerung bietet der Umstand, daß in den Schlachthäusern zu Dortmund, Börde und Schwerte insgesamt die Zahl der Schlachtungen im Jahre 1901 gegen das Vorjahr um 6559 und im Jahre 1902 noch um weitere 6792 zurückgegangen ist. In hervorragendem Maße sind an diesem Rückgang die Schweinefleischschlachtungen beteiligt.

Ähnliches gilt für den Regierungsbezirk Kassel. In dem Berichte für Trier heißt es, die Arbeitslosigkeit habe nicht unerheblich zugenommen; der Arbeitsnachweis der Stadt Trier verzeichnet 1179 verlangte, 2375 stellenjuchende Arbeiter. Der Bericht für Köln stellt eine Zunahme der Gesamtarbeiterzahl von 93 507 auf 95 891 fest. Wenn der Bericht an der Hand „genauer“ Ermittlungen glaubt feststellen zu können, daß die Zahl der in der Stadt Köln „eingesetzten“ Arbeitslosen nicht unerheblich abgenommen habe, so mag das zutreffen, ist aber für die Frage der Arbeitslosigkeit sogar in der Stadt Köln selbst angefeindet der Zahlen des städtischen Arbeitsnachweises ohne Belang. Während 1900 27 654 offenen Stellen 31 808 Arbeitsuchende gegenüberstanden, gingen die offenen Stellen in den Jahren 1901 und 1902 auf 24 092 bzw. 25 888 zurück, während die Zahl der Arbeitsuchenden auf 30 190 bzw. 43 583 stieg. Das gleiche Bild ergibt der Arbeitsnachweis der Stadt Wachen; während 1900 7719 offene Stellen und 10 806 Arbeitsuchende verzeichnet waren, stellte sich das Verhältnis in den beiden folgenden Jahren 6123: 13 092 bzw. 6382: 13 113.

Nicht anders steht es mit den Berichten der Verbände, die für das verflossene Jahr vielfach von einer weiteren Minderung der Belegschaften sowie ausnahmslos von einer Einschränkung der Förderung und damit zusammenhängenden Lohnreduktionen zu melden wissen. Also allenthalben ein trübseliges und, sofern die Berichte zu Einzelheiten übergehen und nicht ganz in der bürokratischen Oberflächlichkeit und Beschäftigungsmethode sich erschöpfen, ein geradezu erschreckendes Bild. Es soll dabei nicht in Abrede gestellt sein, daß in der Tat am Schluß des letzten und zu Beginn dieses Jahres in manchen Gewerben, wie in der Textil-, der Leder-, Industrie und einigen andern, die Krise ihre akuteste Form verloren und eine geringe Besserung Platz gegriffen hat. Aber diese Besserung ist nicht nur belanglos gegenüber der Umfang des Gesamt-Umlands, das die Krise noch täglich hervorruft, sie droht vor der immer drohender heranziehenden Krise des amerikanischen Marktes nicht nur wie die Spreu vor dem Winde zu zerstreuen, sondern neuen, schärferen Formen Platz zu machen, die die gegenwärtige Krise zu der schwersten machen müssen, die Deutschland seit dem sechzigsten Jahren erlebt hat.

Im Zusammenhang mit dieser wirtschaftlichen Gesamtlage steht es, wenn an manchen Stellen die Forderung der jugendlichen Arbeiter zu-

an andern wieder abgenommen hat; die Fabrikanten suchen eben billige Arbeitskräfte einzustellen, während umgekehrt die Erwachsenen gezwungen sind, zu niedrigeren Lohnsätzen und selbst zu denen jugendlicher Arbeiter zu arbeiten. Das Hand in Hand damit eine vielfach skandalöse Ausnutzung der Jugendlichen geht, ist selbstverständlich. So wurden in einer Brauerei zu Münster regelmäßig schulpflichtige Knaben mit Flaschenputzen beschäftigt und für eine vierstündige Tätigkeit mit je 40 Pf. entlohnt. In einer Dampfabrik arbeiteten 4 Jugendliche 24 und mit kurzen Ruhepausen sogar 36 Stunden. Ein soeben erst aus der Schule entlassener Junge wurde am Tage nach seinem Dienstantritt bereits an einer schweren mit motorischer Kraft angetriebenen Exzentripresse mit dem Ausschneiden von Blechstücken beschäftigt; er geriet hierbei mit einer Hand zwischen Stempel und Matrize und verletzte sich schwer. Schon diese wenigen Beispiele, denen sich noch eine große Anzahl gleich skandalöser aus den Berichten beizufügen ließen, zeigen, wie wenig im Grunde genommen die bestehenden Vorschriften über die Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern in Fabriken zu befolgen vermögen. Daß aber gerade in Zeiten der Krise der Augenblick ist, mit besonderem Erfolg auf sozialpolitischen Gebiet vorzugehen, zeigt die Tatsache, daß die letzten Bundesratsverordnungen über das Väterei- und Mütterergewerbe, über die Ruhezeit im Gastwirtsgerwebe, über die Beschäftigung in Steinbrüchen, Steinhauereien, in Holz- und Hammerwerken u. s. f. sich den Berichten zufolge im Berichtsjahre glatt und ohne nennenswerten Widerstand seitens der Unternehmer durchzuführen ließen.

Zu welchen Umständen auf dem Gebiet des Wohnungswesens die Krise auch diesmal geführt hat, zeigen die Berichte unabweisend. So waren im Regierungsbezirk Frankfurt a. D. einzelne Wohnungen so dicht belegt, daß nur 4 Kubikmeter Luftstrom auf die Person kamen; in einer Stadt mußten sogar 15 Proz. der leistungsfähigsten Wohnungen geschlossen werden. Im Regierungsbezirk Breslau mußte bei der Beschäftigung der Schlachtereien in 5 Fällen das Zusammenschließen der Legehühner und Geflügel mit weiblichen Dienstmägden in dem gleichen Raume beanstandet werden. Unter solchen und ähnlichen Verhältnissen ist es nicht verwunderlich, wenn der Bericht für Reichensbach konstatiert, daß die Hälfte der Väter der imelich zur Welt gekommenen Kinder von Fabrikarbeiterinnen selbst noch minderjährige Arbeiter sind. Andererseits ist selbst die Krise mancherorts nicht im Stande gewesen, die steigende Tendenz der Mietpreise zumal für Arbeiterwohnungen aufzuhalten. In Köln z. B. stieg der Durchschnittspreis der Wohnungen von zwei Räumen von 18,7 M. in 1901 auf 19,7 M. in 1902; das Wohnungsangebot betrug 1200, die Nachfrage 2597.

Im Berichtsjahre gab es 98 968 Fabriken mit 1 852 521 erwachsenen Arbeitern, 402 727 Arbeiterinnen über 16 Jahre und 159 933 jugendlichen Arbeitern beiderlei Geschlechts. Insgesamt betrug die Arbeiterzahl also 2 396 941. Revidiert wurden 46 297 Betriebe mit insgesamt 1 897 417 Arbeitern. Von diesen waren 1 447 335 erwachsene männliche, 323 087 erwachsene weibliche; 80 475 waren männliche und 85 533 weibliche junge Leute von 14 bis 16 Jahren; außerdem wurden 810 männliche und 577 weibliche Kinder unter 14 Jahren beschäftigt. Schon diese Zahlen beweisen, daß auch im letzten Jahre das Beamtenpersonal die Revisionen nicht im notwendigen Umfange vornehmen konnte. Das Mißverhältnis zwischen der Zahl der vorhandenen Betriebe und der Anzahl der Revisionen wird aber manchmal geradezu ein schreiendes, wenn man diejenigen Betriebe mit in Betracht zieht, die nicht zu den Fabriken zählen, für die jedoch besondere Bundesrats-Verordnungen bestehen. Das Verhältnis zwischen den Aufsichtsbeamten einerseits und Arbeitgebern und Arbeitnehmern andererseits hat sich im allgemeinen nicht geändert. Die Arbeiter bedürfen im Verkehr mit den Beamten nach wie vor die Vermittlung des Sekretariats und der Organisationen. Auf die Fragen des Lehrlingswesens, der Lohnsysteme, der Sonntagsarbeit usw. werden wir gesondert zurückkommen.

Weshalb haben die Socialdemokraten in der Kommission für Zollfreiheit gestimmt?

Um überhaupt das Wort erhalten zu können, mußten ja unsere Genossen in der Kommission Anträge stellen. Tücher diesem taktischen Grund, sich das Wort nicht völlig abschneiden zu lassen, ist wiederholt grundsätzlicher auf die Frage der Zollfreiheit in der Kommission eingegangen. Die dort angeführten Gründe verschweigt hartnäckig die von der frankophilen Richtung des Abgeordneten Dr. Wachen, bei Unwahrheiten zu beharren, angefeindete Presse. In der Kommission ist wiederholt auf die Frage der Zollfreiheit eingegangen. So wurde aus den Reden Windthorst nachgewiesen und auch von Centrums-Abgeordneten zugegeben, daß Windthorst ein grundsätzlicher Anhänger des Freihandels war. Des weiteren ist im Anschluß an die Kennerung des Grafen v. Posadowsky, Marguis Vosa habe Gedankenfreiheit gefordert, um blühendes Leben zu erzeugen, die Forderung auf Zollfreiheit aber würde die Ruhe des Kirchhofs erzeugen, von mehreren Socialdemokraten hervorgehoben, weshalb Zollfreiheit verlangt werde. Wie republikaner einiges hierüber aus unfruchtbarsten Berichten. Es äußerte in der Sitzung vom 25. Juli Stadthagen: „Der Vorwurf, daß die Socialdemokratie bei beinahe jedem Gegenstand Zollfreiheit beantrage, ist ungerechtfertigt. Abgesehen davon, daß zur Begründung der Zollfreiheit ja stets auf die eigenartige Lage der einzelnen Industrien, insbesondere auf die Ein- und Ausfuhr, die Produktions- und Arbeitsverhältnisse exemplifiziert werde, rechtfertigt sich der Antrag auf Zollfreiheit, um blühendes Leben für Deutschland zu bringen, vom grundsätzlichen Standpunkt aus. Um zu dem ja selbst vom Grafen von Kanitz als erstrebenswert bezeichneten Ziele internationalen freien Verkehrs zu gelangen, sei die Schutzpolitik verkehrt. Erhöht Deutschland seine Zölle, so erhöht auch das Ausland die seinigen.“

Dann kann aber von einer Möglichkeit, etwas zu bieten, keine Rede sein. Die Zollherhöhung geht dann international wie eine Schraube ohne Ende zum Schaden des Exports, der nationalen Wohlfahrt und der solidarischen Interessen der Arbeit. Statt die freihändlerische Richtung anderer Staaten zu fürchten, stärke man zum eignen Schaden die schutzollnerische. Was solle die deutsche Industrie beginnen, wenn etwa England sichtlich zur Schutzollpolitik gedrängt würde? Hierzu komme noch, daß jeder Antrag auf Zollfreiheit die grundsätzliche Bekämpfung der Getreidezölle in sich schließt, für die man durch industriellen Schutzoll Anhänger aus Kreisen werbe, die entschieden Gegner der Getreidezölle sein müßten. Selbst da, wo ein industrieller Erziehungszoll vielleicht vorübergehend in Betracht kommen könnte, wiege das Interesse der Arbeiter gegen Getreidezölle centnerschwer.“ In der nächsten Sitzung führte Verstein aus: „Er halte es für eine grundlose Befürchtung des Staatssekretärs, der da meinte, Zollfreiheit bringe die Ruhe des Kirchhofs. Vielmehr werde die Handelsfreiheit den Verkehr zwischen den Völkern zu deren Wohlfahrt steigern. Das Festschließen mit dem Zolltarif um Handelsverträge bedeute eine ungeheure nutzlose Kraftverschwendung. Mit dem do ut des (Kaufhandel, wörtlich: ich gebe, damit Du gibst), das mit dem Zolltarif getrieben werde, läme man zu einem gegenseitigen Veträgen der Völker.“ Kurz darauf legte Wollenbuhr dar: „Von den Zöllen erhalten die Arbeiter nichts, und der Mittelstand wird durch sie schwer geschädigt. Wenn es wahr wäre, daß die Zollfreiheit die Löhne herabsetze, so müßten ja in England, das Zollfreiheit hat, die niedrigsten Arbeitslöhne vorhanden sein und in dem schutzollnerischen Rußland die höchsten Lohnsätze. Tatsächlich steht es umgekehrt: England zahlt weit höhere Löhne als Deutschland, Rußland erbärmliche.“

Diese Erinnerung an einige der damals von unsren Genossen in der Kommission gemachten, von der Wucherzoll-Presse verschwiegenen Gründe erschien uns gegenüber dem wiederholten Redenbrei der famosen Kämpfer für Unfreiheit, Unwahrscheinlichkeit und ultramontanen und freistimmigen Lager zweckdienlich. Charakteristisch für diese Kämpfer für Lebensmittel-Verteuerung und Arbeitslosigkeit ist auch das Unterschlagen der von der socialdemokratischen Fraktion im Plenum gestellten Anträge. Dieselben sind in der Sitzung vom 11. Dezember 1902 (Stenographischer Bericht Seite 7082 bis 7106) gestellt. Ihre Verhandlung ist unter Druck der Geschäftsordnung und der Verfassung abgelehnt. Die Anträge verlangten Zollfreiheit für notwendige Lebensmittel, Futtermittel, Rohstoffe und Halbfabrikate und im allgemeinen die Säge des bestehenden Vertragstarifs oder niedere Sätze der Kommissionsbeschlüsse erster Lesung für die Artikel der verarbeitenden Industrie. Insbesondere die Centruntspreise hat alle diese Anträge ihren Verfechtern unterschlagen, offenbar um die Arbeiter und die Industriellen zu täuschen.

Partei-Nachrichten.

Im öffentlichen Interesse hat die Staatsanwaltschaft in Dresden ein Klageverfahren eingeleitet gegen die „Sächsische Arbeiterzeitung“. Eine angebliche Verleumdung der bekannten Glasfirma Siemens ist es, welche im öffentlichen Interesse gestellt werden soll. Der gesamte Vorstand und Aufsichtsrat der Firma — es befinden sich auch einige Berliner Justizräte darunter — fühlt sich durch drei Artikel der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ beleidigt, in denen die in der Siemensschen Glasfabrik herrschenden, die Arbeiter schwer bedrückenden Verhältnisse an das Licht der Öffentlichkeit gezogen und gebührend kritisiert wurden. Die Genossen Niehsche als verantwortlicher Redakteur und Niem als „unmaßsahliger Verfasser“ sind bereits vom Untersuchungsrichter vernommen. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ sieht dem Prozeß mit Ruhe entgegen. Sie schreibt hierzu:

Wir bezweifeln vorläufig, daß sich die Firma bei dem eventuellen Prozeßfeldzug mit Ehren beenden wird. Vielleicht ist ja eine Verurteilung wegen formeller Verleumdung — darin sind ja unsere Gerichte äußerst gartüchtig — möglich, aber die von uns behaupteten Tatsachen sind durch eine Fülle von Beweismaterial gestützt. Das Dresdener Stadtverordneten-Kollegium, der ehemalige Löbauer Gemeinderat, der Pastor von Birges, das Dresdener Gewerbegericht und einige hundert von der Firma gemahregelte Glasarbeiter werden gegen der Firma auch gerichtlich attestieren, daß unsere Kritik eigentlich noch viel zu milde war. Der Prozeß wird Gelegenheit geben, ein Bild aufzurollen von einem modernen Betriebe, in dem der Kapitalismus seine feinsten Wälten zeitigt. Viele Tugenden von Lohnbetrüben stehen uns zur Verfügung, auf denen „Verdienste“ von 2 Pf. bis 8 oder 9 M. verzeichnet sind. Der Prozeß wird allerdings ein großes öffentliches Interesse hervorrufen, aber topfschüttelnd wird sich mander nach Beendigung fragen, wie konnte die Staatsanwaltschaft hier im öffentlichen Interesse die Anklage erheben? Jeder wird es unbegreiflich finden, warum die Firma nicht seiner Zeit, als an allen Plazatwänden der Stadt das Verhalten der Firma öffentlich gekennzeichnet wurde, als selbst die bürgerliche Presse gezwungen war, Kritik zu nehmen von den Klagen, die in der Protestversammlung gegen die Firma erhoben wurden, gellagt hat! Die Sache kann nur so erklärt werden, daß die Anklage den sächsischen Bundesbevollmächtigten Dr. Fischer deden soll, der die Firma Siemens bekanntlich im Reichstage in Schutz nahm, da er offenbar über das Verhalten der Firma zu ihren Arbeitern schlecht unterrichtet worden war.

Genosse Gustav Haack teilt uns zu unserer Freude mit, daß er keinen Schlaganfall erlitten hat, sondern nur von einer leichten Ohnmacht befallen wurde, die ihn nicht hinderte, schon am Abend desselben Tages wieder in einer Versammlung in Wittgenborn am Vogelsberg zu reden.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 13. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Das goldene Kreuz.
Wiener Walzer.

Schauspielhaus. Ein Sommer-
nachstrahlen.

Deutsches. Komma Donna.
Reizendes. Lustige Ehemänner.

Westen. 100 000 Thaler.
Central. Blut und Pöcket.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Nach Jahr und Tag. — Abschied
vom Regiment. — Der grüne
Kakadu.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt.
Theater.) Die Heze.

Berliner. Oberon.
Neues. Große Noah

Thalia. Hedora.
Kleines. Nachtschl.

Belle-Alliance. Artemis Colonna.
Carl Weiss. Das Geheimnis des
roten Hauses.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Jubelidenstraße 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Central-Theater

Heute und folgende Tage, Anf. 8 Uhr:

Pick und Pöcket.
Schwan mit Gesang und Tanz in
8 Aufzügen. Emil Sondernann.
Max Sommer. Raggi Dörner.
Rosa Kartou.

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Lustige Ehemänner.
Schwan in 3 Akten von H. Mars und
Albert Barré. Deutsch v. Schönau.
Vorher:

Nach dem Balle.
Schwan in 1 Akt nach D. Spanischen
des H. Carrion von H. Voebel.
Morgen und folgende Tage: Die-
elbe Vorstellung.

Metropol-Theater.

Der größte Erfolg dieser Saison!
Zum 152. Male:

Neuestes!
Allerneuestes!

Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzendes Ballet. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.

Nachtasyl.

Neues Theater
Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 8 Uhr:

Gastspiel Hansi Niese.
Arche Noah.

Belle-Alliance-Theater.

Nur kurze Zeit.
Gastspiel Artemis Colonna.
Tanzidyllen.

Im herrlichen Sommergarten:
Specialitäten-Vorstellung. Konzert.
The American Ebony-Bells
und das neue Juni-Programm.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Zum 25. Male:

Das Geheimnis des roten Hauses.
Engl. Sensationskomödie in 6 Bildern
von Hungerfeld. Anfang 8 Uhr.
Morgen, nachmittags 3 Uhr: Der
Liebe Gebot. Abends: Das Ge-
heimnis des roten Hauses.
Im Garten: Sommerabend-Fest.
Specialitäten-Vorstellung. Anf. 5 1/2 Uhr.

Apollo-Theater

Täglich: Mit kolossalem Beifall:

Die Liebes-Insel.
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.
Grosses Post-Ballett. Vorher: Neue glänzende Specialitäten.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:

Gr. Konzert, Theater
und **Specialitäten-**
Vorstellung.

Urania.

Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:

Von der Zugspitze
zum Watzmann.

Sternwarte

Invalidenstraße 57/62.

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165.

Neu! Ein spiritistisches
Rätsel, Enthüllungen
über Anna Rothe.

Neu! Der Gummimensch!

Neu! Die Illusion
„Auferstehung“.

Neu! Karl Forschner'sch
gen. Paganini redivivus, mit
seiner Wiener Elitekapelle,
grosse

Promenaden-Konzerte.

Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochen-
tags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.

Carla Lingen

in ihrem Repertoire.
Erna Koschel.
Josefine Deleliseur.

Ganz Berlin zerbricht sich
schon den fünften Monat
den Kopf über **AGA!**
die schwebende Jungfrau!
14 erstklassige Nummern.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Heute nachmittag 4 Uhr:
Zum Besten des Beamten-
Pensionsfonds:

Grosses Monstre-Militär- und
Gesangs-Konzert.

4 Gardekapellen, Bläserbund,
Erscher Männer-Gesangsverein,
Feuerwerk und Illumination.
Entree 1 M. Abonnements ab
12 Uhr mittags aufgehoben.
Abonnenten zahlen 50 Pf.,
Kinder die Hälfte.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.

Täglich:
Gr. Theater-Vorstellung.

Anfang: **Wochentags 6 Uhr.**
Sonntags 5 Uhr.
Entree: 30 Pf.
Sonntag, Dienstag u. Donnerstag:
Ball.

Bei schlechtem Wetter: Vorstell. im Saale.

Prater-Theater

Kaufmanns-Allee 7-9.
Direktion: H. Kalbo.

Täglich: **Das Bild der Mutter.**
Botschaft mit Gesang und Tanz in
3 Akten von H. Seelen u. D. Richter.
Konzert und Ball. Kulturellen erst-
klassiger Attraktionen. U. a.: Ada
Marcolli, Schröder u. Dentor, Relam-
pagos Troupe; Overgard.

• Ein fideles Gefängnis •
Große Bantomime, Mokaschi Troupe.
Anf. 4 Uhr. Entree 30 Pf., num. Pf. 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater

früher Puhlmann.
Erdbeerenstr. 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.

Sonnabend, den 13. Juni:
Sommerfest

des
Vereins der Tischler.

Sonntag, den 14. Juni:
Der erfolgreiche
Juni-Spielplan.

Neu! Pitt und Liebe.
Neu! Stubenarrest.
Großer Beifall! Um 8 Uhr:
Zur rechten Stunde.

Dazu die erstklassigen Specialitäten.
Im Prater-Saal: **Gr. Ball.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Sanssouci.

Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Sängere.

Anfang: **Sonntags**
Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 1/2 Uhr.
Wochentags:
Konz. 6 1/2 Uhr, Vorstell. 8 1/2 Uhr.
Sonnt., Konz. u. Donnerst.
nach der Solire: **Tanz.**

Treptow

Neue Krug-Allee 82.
Restaurant
„Zum Gießbach“.

Schöner Garten, Saal, Kaffeecke,
2 Regelmäßig, gute Speisen und Ge-
tränke, solide Preise. In regem Besuch
ladet freundlich ein. Aug. Weinhold.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).

Sonnabendabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag. Abschied vom
Regiment. Der grüne Kakadu.

Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.

Sonntagabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag. Abschied vom
Regiment. Der grüne Kakadu.

Montagabend 8 Uhr:
Drei Einakter.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).

Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Hexe.

Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Heimat.

Sonntagabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.

Montagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Berlin, wie es weint und
lacht.

Schweizer-Garten. Friedrichshain.

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich Theater-Vorstellung.
14 Lustspiel- und Possen-Novitäten.

Neues Artisten-Programm.

Jeden Abend 10 1/2 Uhr: **Das Allerweltsgenie.**
Große Feste mit Gesang und Tanz in 2 Bildern.

Täglich: **Ball. Volksbelustigungen.** Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Klien's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: **Paul Milbitz.**
Täglich: 17182*

Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebtesten**
Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Die Kaffeecke ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

2 hochlegante Regelmäßig, Barfussboden, Rondirel, Blumenstand etc.

In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Restaurant Jägerhäuschen

Saatwinkel
Inh.: **Heinrich Hoppe.**

Bequem zu erreichen zu Fuß durch schöne Waldwege, durch regel-
mäßige Dampferverbindungen von Regal, Spandau und Pöckenitz.

Schattiger Garten. — Großer Tanzsaal und Hallen
(ca. 3000 Personen fassend). — Regelmäßig. — Volksbelustigungen.

Große Stallungen. 16712*

Kaffeecke den ganzen Tag geöffnet (Liter 80 Pf.).

Spesen à la carte zu billigen Preisen.

Mittagstisch von 80 Pf. an.

Bayrisch Bier: Glas 10 Pf. — Grosse Weisse 25 Pf.

Zeuthen. „Gasthaus zur Dorfau“

Inh. Frau F. Barnack.
empfehle ich den Vereinen und Gesellschaften bei Ausflügen und Festlich-
keiten. Saal mit Bühne, Garten, Regelmäßig. 17502*

Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme

(Endstation der „Stern“-Dampfer)
Inhaber: **Hermann Peter.** Telefon:
Grünau No. 39.

Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen,
Ausspannung und Dampferwege, Regelmäßig, große Kaffeecke,
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

„Wilhelmsgarten“, Hirschgarten.

Empfehle den Vereinen und Gesellschaften meinen großen schattigen
Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, verdeckte Regelmäßig
und Kaffeecke. — Außerdem mein neuerbautes Restaurant

„Zur Waldburg“.

liegt am Bahnhof, herrlich im Wald gelegen, mit großem Saal, 500 Personen
fassend, schattigen Garten, Regelmäßig, Kaffeecke und Ausspannung,
Gutgepflegte Bier, reichhaltige Speisenkarte. **Wilhelm Keller,** Gastwirt.

Waltersdorfer Schleuse!

R. Albrechts Restaurant,
früher Witze Lehmann.

Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser be-
legenes Lokal den Vereinen und Gesellschaften zu Aus-
flügen etc. Großer schattiger Garten (1000 Stühle). Großer Tanzsaal,
Regelmäßig, Schießhalle, Große Kaffeecke, Sommer-Wohnungen,
Reizendzimmer. 16442*

Weltrestaurant Hirschgarten.

Inhaber: **Hermann & Polnitz.**

Größtes und schönstes Lokal am Platz, 10000 Personen fassend.

Jeden **Gr. Gartenkonzert.** Hieraus **Réunion.** Sonnt.: **Gr. Ball.**
3 verdeckte Regelmäßig, Volksbelustigungen all. Art, Kaszparn für 80 Pferde.

Neues Lokal Seehaus und Restaurant „Müggel-Werder“

Abwärts im Müggelsee gelegen, Rahndorfer Mühle, Station Rahndorf.
Rundfahrten auf dem Müggelsee per Dampfer von Friedrichshagen Brauerei-
Kaschank und Wilhelmsbad nach Müggel-Werder. Rückfahrt = 30 Pf.
Dampfer jeder Größe, Sommerwohnungen, möbl. Zimmer, Pension. (16532*)

196 Friedrichstraße 196

nahe der Leipziger Straße

Permanente AUSSTELLUNG

der Gegenstände, die für

JASMATZI-COUPONS

erhältlich sind.

GBORG A. JASMATZI AKT.-GES.

Grösste deutsche Cigarettenfabrik.

Besichtigung erbeten.

Bernhard Rose-Theater

Gefundenbrunnen. Badstr. 58.

Paul Taglioni. Ballettparodie.
Helen Chache, die 11jährige unerreich-
bare Trapezkünstlerin. **Richard Wagner,**
beliebter Stanzert- und Lieberfänger.
Clara Antonie, Kostüm-Soubrette mit
neuen Schlingern. **Schmidt-Hawkins,**
beliebter Humocist. **Eugenia Wernke,**
Reizerschalls-Abklerin vom Winter-
garten. **Brothers Shadow,** moderne
Glabiatoren vom Circus Busch.

Willy Agoston in
!!! Berlin auf Stelzen!!!
Anfang 4 Uhr.

WINTER GARTEN

Neues Programm.

Agnos Sälther, norweg. Soubrette.
Miss Vetana, Schulleiterin.
Eilmanns Alpen-Gesangs- u. Tanz-
Quintett.

Jim und Jan, komische Akrobaten.
Die Bisoras, weibl. Trompetercorps.
Urbani u. Sohn, akrobat. Produktion.
Pia Carozzi, Harfen-Virtuosin.
Diana, amerik. Spiegeltänzerin.
Adelo Moraw, Soubrette.
Charles Baron in seiner Scene: „Im
Löwenkäfig“.

Allison-Truppe, ikarische Spiele.
„Der Schönheitspreis“ Ballet-Divert.
Biograph.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Jeden Tag:

Konzert

des berühmten Orchesters des
Signor **Vincenzo Ferrara.**

Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Köpenick.

Paul Bärch, Lindenstraße 6.
Haltestelle der Schönfelder Strassen-
Bahn.

Einkehr

Gute Speisen u. Getränke, solide Preise.

Friedrichshagen-Hirschgarten.

Mein 5 Minuten von den Bahnhöfen, zwischen den beiden Ortsteilen,
direkt am Wald belegenes neu eröffnetes
17032*

Restaurant „Westend“

halte ich Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen bestens empfohlen.
Kaffeecke, Speisen und Getränke zu soliden Preisen. **Carl Thoma.**

Schöneiche „Waldschloss“

20 Minuten prächtiger Waldweg vom
Bahnhof Rahndorf.

Witten im Walde und direkt am Wasser gelegen.

Bade-Anstalt für Herren und Damen. ♦ Ausspannung. ♦ Kegelbahnen.
Großer Tanzsaal. ♦ Schattige Spielplätze.
Kaffeecke. ♦ Weiss- und Bairisch-Bier.

Rohrplatten-Koffer

Ersatz: **Bügel-Koffer 20 Mark**
sowie Reise-Artikel jeder Art.

C. A. Flemming, Beuthstraße 11
(am Spittelmarkt).

Preislisten gratis. — Gegründet 1828.

H. Hamecher's Bade-Anstalten.

Marien-Bad **Friedrichs-Bad**
Chausseestr. 35. Frankfurter Allee 197.

Russische, Römische, Dampfbäder, Lohannis- und Massago-Bäder,
Kohlensäure-, Fichtennadel- sowie sämtl. medic. u. Wannabäder i. u. H. Kl.

Lieferant für alle Krankenkassen. 1758L*

Reichshallen.

Stettiner Sängere.

In der Klemme.
Humorede von Regal.

Anfang: **Sonntags 8 Uhr.**
Montags 7 Uhr.

Königsstadt-Kasino.

Polzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Bei günst. Witterung im Garten.
Anthropos, der fünfjährige Mensch.
Paul Ybbs, Russl. Imitation.
H. Schanz, Gesangs-Quintett, Maxton
Rittmos, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.

Strand-Restaurant am Müggelsee

großes Regelmäßig u. Ausflugslokal.
Empfehle Fabriken, Vereinen und
Korporationen für Sommervergnügen
und Ausflüge mein großartig gelegenes
Lokal. Saal für ca. 3000 Personen,
Hallen, genügende Reizerräume, Be-
lustigungen aller Art. Coullante Preise.
* **M. Begehrodt,** „Strandschloss“,
Köpenick.

E. Conrad's festfale

Friedrichshagen
Ecke der See- und Friedrichstraße.

Garten u. Regelmäßig
Große Tanzfale.

Reizerräume, Kaffeecke, Aus-
spannung, Haltestelle der Strassenbahn,
gegenüber der Dampfstraße.

Köpenick.

Wilhelmsgarten v. L. Scheer,
Rudower- u. Berliner Strassen-Ecke.

Herrlicher Garten, Kaffeecke,
Jeden **Großer Ball.**
Säle für Vereine etc.

Diez' Specialitäten-Theater

Landsberger Allee 76-77
Ob schön! (Ring-Str.) Ob Regent!

Täglich das unerreichte
Juni-Programm! **Robert u. Ver-**
tram, Clowu Dolly, Fritz Brand,
Ecke-Balk. **Soccratio-Trio** etc.
Sonnabend, Sonntag u. Montag **Tanz**

Bernau.

Gasthof „Zum goldenen Hirsch“.
Bürgermeisterstr. 225.

Einkehr für Radfahrer usw.
Guter Frühstücks- und Mittagstisch.
Jeden Sonntag: **Tanz.**

In Ltr.-Fl. em-
pfehle: **Cognac**
1,25-10,35, Rum
1,00-5,60, Nord-
häuser 0,45-1,35,
Liquore, Eier-
cognac, Citronen-
und Himbeersaft,
Port- u. Ungarweine gut u. billigst.
Chausseestr. 55,
Carl Schindler,
Liqueurfabrik.

Todesanzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, der Gienpöper **Ludwig Stoltzenburg** am 10. Juni im 77. Lebensjahre sanft entschlafen ist. 18012
Die Beerdigung findet heute, den 13. Juni, abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des Danfestr. Hofes aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter am 11. d. M. verstorben ist. 1927b
Beerdigung findet am Sonntag um 4^{1/2} Uhr nachmittags vom Urban aus statt.
Berlin, Gera.
Alex Schmidt, Köpfer.

**Arbeiter-
Radfahrer - Bund
„Solidarität“.**

Sitz: Frankfurt a. M.
Geschäftsführer: D. S. a. G. S.,
Schleusenstraße 11.
Etwa 600 Vereine und Einzelfahrer mit 12.000 Mitgliedern.
Einschreibegeld 60 Pf., monatlicher Beitrag 20 Pf.

Leistungen an die Mitglieder: Das offizielle Organ: „Der Arbeiter-Radfahrer“, monatlich zweimal erscheinend. Unfallunterstützung bei allen Radunfällen (ausgenommen Rennen und Trainieren) von 1 M. täglich außer Sonntag 13 Wochen lang.
Vollständige Uebersetzung der österreichischen, schweizer, französischen und belgischen Gesetze mit Fahrradern.
Kostenlose Lieferung von Radfahrer-Begeleitern an die Vereine usw.
Gefällige Anfragen wolle man da, wo kein Verein am Orte ist, direkt an obige Adresse richten. 17312*

Vorwärts - Buchhandlung
SW., Lindenstrasse 69.

Für Radfahrer!
Radfahrpläne von Berlin mit Angabe der Art der Straßen, des Verkehrs, der für Radfahrer verbotenen Straßen etc. . . 50 Pf.
Radfahrkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Joachimsthal bis Zülpferberg, von Genßin bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand ausgezogen, in Karton 1,75 M.
Radfahrkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Beschaffenheit der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meere, Steigungen etc., kleinem Maßstab, ausgezogen, in Karton, jede Sektion 1,50 M.

Th. Lappe's Aromatique
Vier-
klee-
blatt
Whisky.
Thüringer
Berg-
thau.
Th. Lappe
Neudieten-
dorf
in Thüring.

Dr. Schünemann,
Specialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12-13, 3, 6-8, Sonnt. 9-11.

Land 2 Mark
südwestlicher
Borort, Wochen-
Abzahlung Bar-
zelle 60 Mk.
300 Mark, nur mündlich, verkauft
Hinsche, Wilmannstr. 4. [10132*

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Hose in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbfarbige Blot-Teufeln. Große Hüden umhüllt. Die Hose

bei Übernahme von 4 M. 50
6 Stück 26 M.
Echtblaues Monteur-Jackett 1 M. 90
Echtblaues Monteur-Hose 1 M. 50
Echtblaues Monteur-Jackett
Prima Leder-Gewerbe 2 M. 50
Echtblaues Monteur-Hose
Prima Leder-Gewerbe 2 M. 10
Manchetter-Hose 8,50, 5,25, 4,25, 3 M. 50
Gefüttert. Wandst.-Jackett 14.- 9.-
Weiße Monteur-Jackets 3,50, 2 M. 75
Konditor-Jacken, Dreifig, 4,25, 3 M.
Kleider-Mittel . . . 3.-, 2,50, 2 M.
Mechaniker-Mittel (Braun) 3.-, 2 M. 40
Weiße Leder-Jackets, Dreifig
7,50, 3 M. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 M. 75
Hosenhosen, fest u. schön, 3.-, 1 M. 75
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseest. 21a 25. Princesstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 21. Kreisliste 1903 wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 102712*
— Versand von 20 M. an franco. —

Moabit.

Freunden und Bekannten empfehle mein neu eröffnetes Restaurant. Vereinszimmer mit Pianino, eventuell zu Jahrestellen. 18009
Oskar Schröder, Stronit. 36.

Versuche Dein Glück!
in dem Bekannten vom Glück begünstigten Vent- u. Lotteriegeld
J. Rosenberg,
51 Kommandantenstr. 51.
Sofortige Auszahlung von Gewinnlosen aller Lotterien.
Marienburger Pferde-Lose a 1 M.

Kinderwagen,
Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, eis. Bettst. f. Erwachsene und Kinder aussergewöhnlich bill., auch Theilzahlung.
Krankswagen auch teilweise.
Musterbücher gratis, franco.
A. W. Schulz, Berlin N., Brunnenstr. 36, a. Bahnhof Gesundbrunnen. Amt III, 1767.

Josef Fischer
Cisbahnstr. 19/21
verkauft die Kohlen am billigsten ab seinem Lagerplatz. Von 10 Ctr. an 1 Ctr. Danja Halbfeste nur 60 Pf. 1 Ctr. Seiftenberger Dreifels 6+7 Zoll nur 65 Pf. 1 Ctr. echt Seiftenberger, Dreifels Werte, 7 Zoll, nur 75 Pf.
Bessere Kohlen als letztere giebt es nicht, mag der Name der Dreifels sein, wie er will. Unter 10 Ctr. pro Ctr. 5 Pf. frei Haus, in den Keller 10 Pf. der Gewinner mehr. 50 Handwagen verleihe zur Kohle a 10 Pf. 14582*

Herren-Moden
elegante Ausführung
geringe Teilzahlung
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

10 M. täglich verb. Federmann durch Verkauf zugr. Artikel. 130/12
A. Duroldt, Plauen i. B.

Nach beendeter Umzugs-Saison sind die Preise auf: **Teppiche, Gardinen, Portieren etc.**
bis zu **33 1/3 %** herabgesetzt.
**Teppichhaus
Adler & Co.**
Königstrasse 20-21, an der Jüdenstrasse.

Jos. Gremmer's Wwe.
Landshut, Bayern.
Erste und älteste
Brasiltabakfabrik
Brasilrohnstabak per Pfd. Mk. 1,70, Mk. 1,50 und Mk. 1,30. Von 6 Pfd. an franco.
Staniol-Paketete zum 10 Pf.- und 5 Pf.-Verkauf.
Echte und vortheilhafteste Bezugsquelle.
Per Kassa von 6 Pfd. an 3 % Sconto und 3 % Jahresumsatzprämie.

bewährteste Nahrung für **Kleinkinder** gesunde u. magen-darmkranke Kinder.
Kleinkindermehl

Wir empfehlen: 233/6*
Wahl-Postkarten in 2 Ausführungen.
1. So muß es kommen.
2. Das freie Wahlrecht ist das Heichen . . .
schwarz 100 Stück M. 3.-; 500 Stück M. 12,50; 1000 Stück M. 20.-
coloriert 100 5.-; 500 22,75; 1000 45.-
Diese Postkarten werden am Wahltag viel verlangt werden.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69.

Nur die alten Eichen rauschen. Den Laubwald in seiner größten Pracht zu sehen, bietet nur allein die Umgebung vom **Restaurant Pferdebuert bei Köpenick.**
Sollt mein Lokal (10.000 Personen fassend) für Vereine und Gesellschaften zu Landpartien bestens empfohlen. Bestellungen werden schon jetzt entgegen genommen. — Es laßt zu Ausflügen ein
13712* **Wilhelm Brüsewitz.**

Umsonst gabe 1903, mit circa 2000 Abbildungen über Stahlwaren, Lederwaren, Gold- und Silberwaren, Pfeifen, Sensen, Haushaltsartikel, sowie vielen Neuheiten.
140/10*

Fabrikmarke
Rotkappchen.
Silberstahl-Rastermesser No. 30, fein hohl geschliffen, fertig zum Gebrauch, mit Etuis . . . per Stück 1,50 Mark.
Um nun Jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit unserer Waren zu überzeugen, versenden wir obiges Rastermesser, unter 5jähriger Garantie, 30 Tage zur Probe. Besteller verpflichtet sich jedoch, den Betrag von 1,50 M. binnen 30 Tagen ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme.
Gebr. Wolfertz, Stahlwaren-Fabrik und Versandgeschäft
Wald bei Solingen No. 179.

Radfahrer!
Nachdem unser Geschäftslokal in der Oranienstrasse 117 durch Umbau bedeutend vergrößert ist, haben wir ein

Kaufhaus der Gummi- u. Fahrradbranche
allerersten Ranges geschaffen. Jeder Radfahrer erhält jetzt bei uns ausser unsrer Specialität Pneumatics in allen Preislagen auch Pellerinen, Gamaschen, Rucksäcke sowie sämtliche Ersatz-, Reparatur- und Zubehörteile als: Ketten, Sättel, Pedale, Glocken, Felgen, komplette Rahmen, gespannte Räder, Freilaufnaben, Motorräder mit Benzin, Spiritus und Petroleum fahrbar, zu Engros-Preisen, **einige Artikel schon unter Fabrikpreis.** Anlässlich des grossen Erfolges, welchen wir nur unsrer Reellität zu verdanken haben, und um für unsren schon sehr beliebten Reifen noch mehr Freunde zu gewinnen, erhält jeder Käufer am

Sonnabend 13. und Sonntag 14.
gegen Rückgabe dieser Annonce folgende Gegenstände:

- Gratis!** **Gratis!**
Beim Einkauf v. M. 15-25.— einen Sattel oder ein Paar Pedale
" " " 10-15.— eine gute Fahrrad-Kette
" " " 5-10.— eine Fusspumpe
" " " 3-5.— eine Telescoppumpe
" " " 2-3.— eine Werkzeugtasche
" " " 0,50-1.— ein Fahrradschloss.

Die Preise unsrer Artikel werden durch diese Vergünstigung nicht erhöht, wir liefern nach wie vor:

Mäntel zu 4,15, 4,50, 5, 6, 6,75, 7,50, 8,25, 10 M. Prima Original-Continental ohne Schönheitsfehler 8,25 M. Mantel für Transporträder 12 M.
Luftschläuche zu 3, 3,50, 3,75, 4, 4,50, 5, 5,50 M.

Für unsre billigsten Mäntel und Schläuche wird ebenfalls schriftliche Garantie geleistet, welche sich bei einigen Sorten bis zu 1 1/2 Jahr erstreckt.

„Adler“
Gummi- u. Guttapercha-Waren-Industrie
Berlin.
Hauptgeschäft:
Oranienstr. 117, part. u. I. Etage,
Filiale:
Chausseestrasse 98.
Es wird gebeten, in der Oranienstrasse auf unsre Firma und die No. 117 besonders zu achten, da unser Laden umgebaut worden ist.
— **Telephon Amt IV 9012.** —

Prozeß gegen die Pommerbank.

Nach Eröffnung der gestrigen Sitzung durch Landgerichts-Direktor Schmid erhält der Angeklagte Schulz das Wort, um sich zum Inhalt des Urteils zu äußern...

Justizrat Bronker beantragt, diese Darlegungen den Bücherrevisoren Kruse und Gucke mit dem Auftrage zu überreichen...

Bankdirektor Dr. Gerschel tritt einzelnen Behauptungen des Angeklagten Schulz entgegen. Im Anschluß an die gestrigen Darlegungen des Zeugen Karthäuser bleibt er dabei...

Angell Schulz: Daß es sich um ganz legale und normale Gewinne handelte, hätte Herr Dr. Gerschel einfach aus den Geschäftsberichten entnehmen können.

Dr. Gerschel erklärt, daß die Aktien nicht fest platziert waren und man deshalb nicht neue Aktien hätte ausgeben dürfen.

Sachverständiger Geh. Rat Dr. Hecht erklärt auf Befragen: Der Pommerbank-Concern sei dem Spielhagen-Concern nachgebildet.

In längerer Ausführung läßt sich Johann Angeklagter Romeid über das Pommerbank-Geschäft in gleichem Sinne wie Angeklagter Schulz aus. Er belächelt einige der Tage vorher vom Direktor Dr. Gerschel gegen einzelne Positionen der Bilanzen gezogene Monita als unzutreffend.

Zur Sache wird auch Bücherrevisor Neuter vernommen, dessen Ausführungen darin gipfeln: wenn es sich um ein legales Geschäft handelte, so liege eine Verschleierung vor.

Auf Antrag des Justizrats Dr. Sello soll auch das vom Angeklagten Romeid vorgebrachte Material den Bücherrevisoren Gucke und Kruse zur Nachprüfung übergeben werden.

Der alsdann behandelte Anklagepunkt zeitigt eine sehr lebhaft kontroverse, an welcher alle Prozeßbeteiligten Anteil nehmen. Es handelt sich darum, daß das Gründungskapital der Streifbank nebst dem in den Statuten vorgesehenen Agio von 5 Proz. in Höhe von 6 300 000 M. von der Pommerbank hergegeben worden ist.

Zum Schluß der gestrigen Sitzung wird Reg.-Rat a. D. Dr. Guttmann über die Streitigkeiten vernommen. Von diesen haben Schulz und Romeid 1897 Aktien, die sie im April 1896 zum Kurse von 105 Proz. erworben hatten, zum Kurse von 140 Proz. an die Immobilien-Verkehrsbank verkauft.

Aus Industrie und Handel.

Serbiens finanzielle Verhältnisse. Aus Anlaß der Ermordung des serbischen Königs paares in Belgrad und des vorausichtlich folgenden politischen Systemwechsels bringt die „Frankfurter Ztg.“ eine längere Uebersicht über die serbische Finanzlage...

Seit Serbien in der Vontouy-Zeit, vor wenigen Jahrzehnten, den Bau von Eisenbahnen und das Kontrahieren größerer Auslands-Anleihen begann, hat die Finanzverwaltung dieses Landes...

wiederholt Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Schon die Unterbringung der fünfprozentigen Staats-Eisenbahn-Anleihen zur Selbstbeschaffung für die ersten Eisenbahnen...

Der Staatshaushalt Serbiens wurde für 1902 seitens der Regierung bei 72,85 Millionen Dinars (1 Dinar = 80 Pf.) Einnahmen mit einem kleinen Ueberschuß ausgewiesen...

Ziel es hiernach der Finanzverwaltung Serbiens schwer, den Staatshaushalt in Ordnung zu halten und für dessen laufende Bedürfnisse die nötigen Gelder zu beschaffen...

Vom amerikanischen Stahlstraß. Nach einer Meldung der „Toronto-World“ aus Ottawa hat der amerikanische Stahlstraß von der kanadischen Regierung die Erlaubnis zum Bau eines Hafenbeckens im Welland-Kanal...

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Gewerkschaften. Am Dienstag, den 16. Juni, dem Tage der Reichstagswahl, bleibt das Bureau der Berliner Gewerkschafts-Kommission (Berliner Arbeiter-Sekretariat), Engel-Ufer 15, geschlossen.

Der Ausschuß

der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Die Statuten waren am Mittwoch im großen Saale des Central-Arbeitsnachweises versammelt, um die auf Grund des Tarifvertrages zu bildende Schlichtungs- und Arbeits-nachweis-Kommission zu wählen.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung aller Bauhandwerker und Arbeiter in Hannover hat der dortige Arbeitgeber-Verband beschlossen. Nach dem Vorbilde der Unternehmer in Dresden und Bremen wollen die Unternehmer in Hannover durch die angeordnete Aussperrung die Beendigung des Streiks der Zimmerer erzwingen...

Zur Tarifbewegung der Buchbinder. Die Verhandlungen am 8. Juni in Leipzig zwischen den Prinzipal- und Gehilfenvertretern haben bis jetzt zu einem greifbaren Resultat noch nicht geführt.

Die Maurer in Hagen haben beschlossen, ihre Forderung: 45 Pf. Stundenlohn mittels Aussperrung zur Anerkennung zu bringen.

Ausland.

Zur Bauarbeiter-Aussperrung in Bern erläßt der Schweizerische Gewerkschaftsbund einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, worin unter anderem gesagt wird:

Vergangenen Sonnabend schon wurden diejenigen Arbeiter, welche eine vierzehntägige Kündigung haben, aufgefordert, nächsten Sonnabend werden diejenigen, welche auf wöchentliche Kündigungszeit angestellt sind, ihre Kündigung erhalten...

Die Unternehmer wollen um jeden Preis unsere Organisation vernichten. Diesem freventlichen Beginnen müssen wir uns aufs entschiedenste widersetzen.

Gesossen! Veranlaßt von ersten Tage der Aussperrung an Sammlungen, deren Ertrag sofort an unsere Adresse abzusenden ist.

Im Namen des Bundeskomitees: Das Sekretariat, Mattenhofstraße 12, Bern.

Der 4. österrichische Gewerkschaftskongreß.

Am 3. Verhandlungstage begann die Debatte über den Punkt Agitation und Organisation. Aus demselben heben wir einige interessante Ausführungen von Fritz Wien hervor über die Organisationen der Jugendlichen.

Zur Verhandlung kam sodann die „Verfolgung der Eisenbahner-Organisation“. Der österrichische Eisenbahnerverband wird seit seinem Bestehen sowohl vom Eisenbahnministerium als auch von den Privat-Eisenbahngesellschaften auf das brutalste verfolgt.

Aus der Frauenbewegung.

Der sozialdemokratische Frauen-Wahlverein hielt am Donnerstag im Lokale von Bernau eine Versammlung ab, in welcher der Stadtverordnete Genosse Heiman über die Frauen und die Reichstagswahlen einen mit ungeteiltem Interesse aufgenommenen Vortrag hielt.

Einem solchen System muß ein energisches Galt geboten werden. Der Redner schloß mit einem warmen Appell an die Frauen der arbeitenden Klasse, wenn sie sich auch nicht aktiv an der Wahl beteiligen können, so doch durch eine thätigste Unterstützung der sozialdemokratischen Agitation dafür zu sorgen, daß endlich einmal Wandel geschaffen wird. Damit haben die Frauen denn auch in der besten Weise für die Wahrung ihrer Rechte gesorgt.

Die Vorsitzende, Frä. Paader, unterzog das Flugblatt der bürgerlichen Frauenvereine für Erlangung des Frauenstimmrechts einer mit Deutlichkeit aufgenommenen Kritik. Die mehr als bescheidenen Forderungen dieser bürgerlichen Frauenvereine bewiesen von neuem, daß genau so wie im gesamten politischen Leben auch zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung eine unüberbrückbare Kluft gähnt. Die Mitgliederzahl des sozialdemokratischen Frauenwahlvereins ist inzwischen auf 811 gestiegen. Die Vorsitzende gab der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß alle diese Frauen bei jeder neuen Wahlperiode sich ohne weiteres wieder als Mitglieder des jeweils zu errichtenden Frauenwahlvereins melden würden. Und da in diesem Jahre noch verschiedene andre Wahlen stattfinden, so haben die Frauen denn doch die Genugthuung, einen immerhin beträchtlichen Teil des Jahres hindurch politisch organisiert gewesen zu sein. Als Rednerin wurde Frau Wulf gewählt.

Sociales.

Hausapotheken bei den Strafanstalten. Durch Ministerialerlaß vom 12. Mai d. J. sind die preussischen Gefängnisverwaltungen zur Einrichtung sogenannter Hausapotheken angewiesen worden; es sollen daselbst die gebräuchlichsten Arzneimittel vorrätig gehalten, Lösungen selbst angefertigt werden usw. Besondere Räume für die Arzneivorräte werden als nicht notwendig erklärt, es wird also damit unser Wissen sogar unter die Mindestforderungen heruntergegangen, welche bei der Konzeption ärztlicher Hausapotheken gestellt werden. Mit diesem Erlaß wird das Privilegium der Apotheker für die Strafanstalten aufgehoben, den Apothekern zu Gunsten des Staates eine lohnende Einnahmequelle entzogen. Dagegen ist von unserem Standpunkt gewiß nichts zu sagen, aber bezeichnend ist es doch, wie das fiskalische Interesse die Staatsbehörden zu rückwärtslosem Vorgehen gegen das Apothekervermonopol veranlaßt, während dieses selbe Monopol von ihnen sonst ängstlich behütet und bewacht wird, auch dort, wo es mit lebenswichtigen Interessen der Arbeiterklasse in Konflikt gerät. Bekanntlich haben während des schwebenden Apothekervermonopols die Berliner Krankenanstalten, gestützt auf frühere Kammergerichtsentscheidungen, es versucht, einen kleinen Teil ihres Arzneibedarfs — nur drei harmlose Mittel! — unter Umgehung der Apotheker im großen zu beziehen und selbst an ihre Mitglieder abzugeben. Die Ersparnis war eine sehr bedeutende und das war im Interesse der notleidenden Klassen und der leider noch immer unzureichend versorgten Mitglieder sehr erfreulich. Trotzdem intervenierte sofort die Regierung: Polizei, Staatsanwalt, Gericht wurden in Bewegung gesetzt und dann auch glücklich erreicht, daß das Kammergericht seine frühere Rechtsprechung umstieß und den Krankenanstalten die Abgabe von Arzneien verbot. Von diesem Vorgehen gegen die Klassen sticht der Erlaß betreffend die Einrichtung von Strafanstalts-Apotheken recht merkwürdig ab, um so mehr da den Strafanstalten längst von Seiten der Apotheken wesentliche höhere Vergünstigungen eingeräumt waren, als irgend einer Krankenanstalt: Rabatte von 33 Proz. für Strafanstalten waren nichts Außergewöhnliches, während bekanntlich die Berliner Krankenanstalten bis zum Apothekervermonopol nicht einen Pfennig Rezepturrabatt hatten! Man wird gut thun, dieses Vorgehen der Regierung sich zu merken für die bevorstehende abermalige Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes! Was den Strafanstalten recht ist, muß auch den Krankenanstalten billig sein, welche denn doch in sozialer und kultureller Beziehung noch eine andre Bedeutung haben, als die Strafanstalten. Wegen die Zulassung eigener Kassenapotheken wird nach diesem Erlaß die Regierung stichhaltige Gründe nicht mehr vorbringen können. Die „Arbeitergroßen“ der Krankenanstalten, für die man doch sonst so zärtlich besorgt ist, verdienen dieselbe Rücksichtnahme wie die Gelder der Gefängnisverwaltung. Oder heißt es auch hier: „Wenn zwei daselbe thun, ist es nicht daselbe“?

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Sonnabend, im Wilhelm-Theater, Friedrichstr. 236, Wählerversammlung. Referent Arthur Stadthagen. Tagesordnung: „Die Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien“. Recht zahlreichen Besuch erwartet. Das Wahlkomitee.

Das Central-Wahlkomitee des zweiten Kreises befindet sich bis 15. Juni im Restaurant von Paul Scholz, Jossenerstr. 1, Ecke Varuthstr. 22.

Zweiter Wahlkreis. Morgen, Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, Flugblatt-Verbreitung. Teilnehmer wollen sich recht zahlreich in folgenden Lokalen einfinden: Kanne, Wälowstr. 59; Gornitz, Lützowstr. 23; Dornburgstr. 46; Nechtbad, Hagelsbergerstr. 23; Werner, Hagelsbergerstr. 2; Preuß. Velleallianzstr. 74a; Vorgefeld, Arndtstr. 35; J. Scholz, Jossener- und Varuthstr. 23; Thomsen, Gneisenaustr. 30; Seidel, Mittenwalderstr. 16; Ohnesorge, Markgrafstr. 102; Augustin, Lindenstr. 69; Lehmann, Friedrichstr. 16; Industriepalast; Vindmann, Moritzstr. 9; Fischer, Boehmstr. 7; Ewald, Schönleinstr. 6; Patzschke, Gräferstr. 31. Das Wahlkomitee.

Dritter Wahlkreis. Achtung! Parteigenossen! Diejenigen Genossen, welche am Tage der Wahl, am 16. Juni, behilflich sein wollen, müssen sich früh 8 Uhr an folgenden Stellen einfinden: Schmeber, Admiralstr. 21; Krüger, Raumystr. 54; Rowad, Alte Jakobstr. 6; Zacharowitsch, Brandenburgstr. 49; Stramm, Ritterstr. 123; Wendt, Alexandrinenstr. 39; Kallweit, Dresdenstr. 45; Ferd. Ahmus, Prinzenstr. 59; Tausche, Wälowstr. 2; Peulert, Melchiorstr. 30; Ladewig, Kommandantenstr. 65.

Das Central-Wahlbureau, in welchem sich alle Genossen einfinden haben, welche noch nicht für eine bestimmte Stelle festgelegt sind, befindet sich in „Dietrichs Festhale“, Dresdenstr. 116, vorn parterre. Telephon-Amt IV Nr. 5174.

Dritter Wahlkreis. Achtung! Parteigenossen! Sonntag, den 14. Juni, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich roge daran zu beteiligen und an denselben Stellen einzufinden, an denen sie schon bei früheren Verbreitungen geholfen haben. Diejenigen, welche bisher noch nicht geholfen haben, mögen sich an den nachstehend bezeichneten Stellen einfinden: Schmeber, Admiralstr. 21; Krüger, Raumystr. 54; Jfid, Simeonstr. 23; Zacharowitsch, Brandenburgstr. 49; Stramm, Ritterstr. 123; Wendt, Alexandrinenstr. 39; Schneider, Sebaftianstr. 7 (Melle); Ferd. Ahmus, Prinzenstr. 59; Tausche, Wälowstr. 2; Peulert, Melchiorstr. 30; Ladewig, Kommandantenstr. 65. Das Wahlkomitee.

Fünfter Kreis! Das Central-Wahlbureau des Kreises befindet sich: 1. Eingang Rosenthalerstr. 57, Hof parterre; 2. Eingang Gormanstr. 28, Fernsprecher Amt III, 1296.

Unterbureau im Kreise befinden sich auf folgenden Stellen: Dimke, Winostr. 56. Vetter, Neue Admistr. 60. Andjisch, Hirtenstr. 10, Ecke Amalienstraße. Hummel, Sobienstr. 6. Wittchow, Al. Hamburgerstr. 27, Ecke Elbasserstraße. Schütz, Luisenstr. 26.

Gilfskräfte wollen sich von früh 8 Uhr ab vornehmlich im Centralbureau zur Verfügung stellen.

Das Wahlkomitee.

Fünfter Kreis. Sonntag früh 1/8 Uhr Flugblattverbreitung. Die Genossen mögen sich zahlreich und pünktlich einfinden bei Dimke, Winostr. 56. Vetter, Neue Admistr. 60. Andjisch, Hirtenstr. 10. Patt, Dragonerstr. 15. Wirth, Auguststr. 51. Wittchow, Al. Hamburgerstr. 27, Ecke Elbasserstraße. Schütz, Luisenstr. 26.

Das Wahlkomitee.

Sechster Wahlkreis. Die Mitglieder werden ersucht, sich zwecks Flugblattverbreitung am Sonntag pünktlich 8 Uhr in den von ihren Bezirksführern bezeichneten Lokalen einzufinden. Alle andren Genossen und Genossinnen bitten wir, sich zu derselben Zeit nach folgenden Lokalen zu begeben: Goype, Adlerstr. 21; Pfarr, Pultitzstr. 10; Kaiser, Pflugstr. 6; Krause, Müllerstr. 7a.

Sechster Wahlkreis! Die Wahlbureau befinden sich am 16. Juni in folgenden Lokalen: Roabit: Karl Fischer, Waldstr. 8 (Telephon Amt II 600); Joh. Pfarr, Pultitzstr. 10. Wedding und Rosenthaler Vorstadt: G. Tauschel, Wiesenstr. 29 (Telephon Amt II 1238); J. Kaiser, Pflugstr. 6. Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen: Bergmann, Brunnenstr. 79 (Telephon Amt III 2572); Badgänger, Swinemünderstr. 34; Lohrig, Panfir. 33d.

Schönhäuser Vorstadt: Ramlow, Schönhäuser Allee 135 (Telephon Amt III 5294); Bernau, Schwedterstr. 23.

Das Central-Wahlbureau des sechsten Kreises befindet sich bei G. Tauschel, Wiesenstr. 29 (Telephon Amt II 1238).

Weissensee. Zur Flugblattverbreitung treffen sich die Genossen Sonntag früh 7 1/2 Uhr in den bekannten Bezirkslokalen; da diesmal die Arbeit eine sehr umfangreiche ist, so ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich daran zu beteiligen.

Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr findet in Birkenwerder im Waldlater und in Buch in Albrechts Parkschloß je eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referenten sind die Genossen Heinrich Späthe und Paul Daal.

Am 16. Juni, abends 8 Uhr, im Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 130, Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Lichtenberg. Die Parteigenossen verbreiten am Sonntag früh 7 1/2 Uhr von den Bezirkslokalen aus am Orte das letzte Flugblatt und Bahnanruf mit Stimmzettel. Zu dieser Arbeit müssen sich alle Parteigenossen den Bezirksführern zur Verfügung stellen.

Am Montagabend finden vier Versammlungen statt: Germania-Brauerei, Frankfurter Allee 53; bei Höflich, Frankfurter Chaussee 120; bei Gärlich, Frankfurter Chaussee 86 und bei Aufz. Hohen-Schönhausen, Berlinerstraße vis-a-vis den Kirchhöfen. Referenten sind: J. Kater, Stadthagen, Liffin und Frau Jherer.

Am Dienstag, dem Wahltag, früh 8 Uhr melden sich alle Gilfskräfte für den Ort in den Bezirkslokalen und die noch nicht vorgemerkten Genossen in der Glashalle bei Höflich, daselbst ist das örtliche Wahlkomitee verammelt.

Am Dienstagabend 9 1/2 Uhr: Versammlung bei Höflich. Verkündung eingegangener Wahlergebnisse.

Treptow-Baumschulenweg. Montag, den 15. Juni, findet bei Adernann, Baumschulenstr. 78, eine Wählerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Ein letztes Wort an die Reichstagswähler. Referent: Genosse Schriftsteller Eduard Fuchs-Zehlendorf. 2. Diskussion.

Morgen, Sonntag früh Flugblattverbreitung. Treffpunkt für Treptow früh 7 1/2 Uhr Kieholzstr. 6 im Restaurant Bod und Neue Krug-Allee 62, für Baumschulenweg um 8 Uhr bei Staffeldt, Baumschulenstr. 84. Es ist Pflicht und Ehrensache eines jeden Genossen, für zahlreiche Besuch der Versammlung zu agitieren, sowie sich Mann für Mann zur Flugblattverbreitung pünktlich einzustellen.

Gleichzeitig eruchen wir, daß diejenigen Genossen, denen es irgend möglich ist, am Wahltag und bei der notwendigen Thätigkeit zu unterstützen, bei Gelegenheit der Flugblattverbreitung uns davon Mitteilung machen möchten.

Kummelsburg-Vorhagen. Die Genossen werden ersucht, am Sonntag zur Flugblattverbreitung in den Lokalen wie vor acht Tagen früh 7 1/2 Uhr sich einzufinden. Keiner darf fehlen.

Das Wahlkomitee tagt am Tage der Wahl bei G. Lindner, Türschmidtstr. 37. Diejenigen Genossen, die bereit sind, bei der Wahl am 16. Juni zu helfen, haben sich beim Komitee zu melden. Am Abend der Wahl findet bei Hahn, Hauptstraße, zwecks Verkündung der Wahlergebnisse eine Versammlung statt.

Die Wahlen finden statt: I. Bezirk: Vorhagen. Restaurant Schneider, Sonntagstr. 36.

II. Bez.: Sadomas, Markt, Schillerstraße, Kantstr. 1—3 und 47—51. Restaurant Peters, Schillerstr. 15.

III. Bez.: Türschmidtstr. 1—48 nebst den Eckhäusern Mozartstraße 1, Lessingstr. 1 und Goethestr. 1. Restaurant Weigel, Türschmidtstr. 45.

IV. Bez.: Mozartstraße, Victoriaplatz, Kantstr. 4—44 nebst den Eckhäusern Lessingstr. 12 und 13, Werkmeistergebäude und Ostbahn-Wärterbude. Restaurant Nichte, Kantstr. 25.

V. Bez.: Goethestr. 2—21 nebst Eckhäusern Kantstr. 45 und 46, Lessingstr. 2—11 und 14—24. Restaurant Vegde, Lessingstr. 23a.

VI. Bez.: Karlsborster, Prinz Albert, Kahhaus, Liebig, Vorland, Neue Prinz Albert, Friedrich, Wilhelm und Fischerstraße. Restaurant „Zum Prälaten“, Karlsborsterstr. 3.

VII. Bez.: Hauptstraße, Köpener Chaussee, sowie die Ausbauten auf den Honower Wiesen und den Halbesandereien. Restaurant Carlin, Hauptstr. 33.

Ober-Schönweide. Zu der morgen 7 1/2 Uhr früh vom Lokale Kausholt, Wilhelmshofstr. 18, aus stattfindenden Flugblatt- und Stimmzettel-Verbreitung werden alle Genossen dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Genossen, die am Wahltag den ganzen Tag frei sind und bei der Wahlarbeit mitwirken wollen, werden gebeten, ihre Adressen sofort im obigen Lokale abzugeben. Der Vertrauensmann.

Alt-Mienke. Sonnabend, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins bei Sch. Referent: Fritz Jubeil-Berlin. Am rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Drei öffentliche Wählerversammlungen am Sonntag, den 14. Juni: nachmittags 2 Uhr in Neue Mühle bei Robert Niedel; nachmittags 4 Uhr unter freiem Himmel auf dem Mühlberg in Mittenwalde; nachmittags 6 Uhr in Eichwalde in Wendts Waldschloßchen. Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen: „Die bevorstehende Reichstagswahl.“ Zahlreichen Besuch erwarten. Die Einberufer.

Parteigenossen von Tempelhof, Mariensfeld und Märkte, welche gewillt sind, am Tage der Reichstagswahl zu helfen, werden gebeten, ihre Adresse an Alb. Thiel, Tempelhof, Friedrich Wilhelmstr. 17, oder an den Bezirksführer der einzelnen Orte abzugeben. Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Reinickendorf. Am Sonntag Punkt 8 Uhr morgens findet von den bekannten Lokalen aus die letzte Verbreitung der Wahl-Flugblätter und Stimmzettel statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Das Haupt-Wahlbureau befindet sich am Tage der Wahl bei Klähn, Reidenstraße 31. Die Genossen, die an diesem Tage helfen, haben sich dort morgens 8 Uhr einzufinden.

Friedenau. Am Sonntag, den 14. Juni, findet die letzte Flugblatt-Verbreitung statt. Damit jeder eingeschriebene Wähler ein Flugblatt und Stimmzettel erhält, werden solche in geschlossenen Couverts verteilt, mit vollständiger Namensaufschrift laut der Wählerliste. Es wird hierbei gleichzeitig jedem sein Wahllokal mitgeteilt. Es ist bei dieser Verteilung die Pflicht eines jeden Genossen, zu helfen. Treffpunkt früh 7 Uhr bei Grube, Kaiser-Allee 85.

Am Dienstag, den 16. Juni (Wahltag), abends 9 Uhr, findet im Gesellschaftshaus, Rheinstr. 14, eine Mitglieder-versammlung des Wahlvereins statt, in welchem das Wahlergebnis bekanntgemacht wird.

Das Wahlbureau befindet sich ebenfalls von früh 8 Uhr ab im Gesellschaftshaus. Es sind alle Besucher dort selbst sofort anzubringen. Auch werden die Genossen, welche am Tage der Wahl Zeit haben, gebeten, sich im Wahlbureau einzufinden.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Schmargendorf. Heute, Sonnabend 8 1/2 Uhr, findet im Wirtshaus Schmargendorf die Verteilung der Arbeiten am Wahltag statt. Alle Genossen, die am Wahltag mitarbeiten können, werden ersucht, heute rechtzeitig zu erscheinen. Die hiesigen Arbeiter fordern wir gleichzeitig auf, die heute stattfindende Versammlung der „Nationalen“ zu meiden, da in derselben die Arbeitsfreiheit unterdrückt wird und so die Möglichkeit der Verteilung und Agitation fehlt. Am Sonntag findet eine Flugblattverteilung statt. Da der zu belegende Bezirk sehr groß ist, eruchen wir die Genossen, zahlreich und pünktlich um 7 Uhr früh im Wirtshaus Schmargendorf zu erscheinen.

Zehlendorf. Die Genossen werden ersucht, sich zu der am Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung bei Giese, Zeltowerstraße 23, recht zahlreich einzufinden.

Jossen. Sonntag, den 14. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, bei C. Küffer, Varuthstr. 2: öffentliche Wählerversammlung, in der Genosse Dreslauer die Bedeutung der Reichstagswahlen einer eingehenden Besprechung unterziehen wird. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Auch Genossin Thiele aus Tempelhof wird anwesend sein, wozu eine zahlreiche Beteiligung auch der Frauen erwünscht ist. — Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß am Sonntagvormittag 7 1/2 Uhr Flugblattverbreitung stattfindet, zu welcher wir erwarten, daß alle Genossen ihrer Pflicht gemäß sich beteiligen.

Ronowes. Für die Reichstagswähler ist es von Wichtigkeit, zu wissen, wo sie zu wählen haben. Wir geben deshalb im folgenden die Wahlbezirke bekannt. I. Bezirk: Lützen, Mühlen, Neue- und Wilhelmstraße; Wahllokal: Kaiserpalast von Schmidt, Wilhelmstraße. II. Bezirk: August, Friedrich, Grenz, Lindenstr. 47—62, Ludwig- und Prieferstr. 41—81; Wahllokal: Turnhalle, Auguststraße. III. Bezirk: Bäderstraße, Kirchplatz, Kirch-, Kreuz- und Lindenstraße 1—46, Luther-, Mittel-, Plantagen- und Prieferstr. 1—22 und Triffstraße; Wahllokal: Regal, Lindenstraße. IV. Bezirk: Adler-, Feld-, Forst-, Karl-, Marien-, Müller-, Prieferstr. 23—40, Turn- und Wallstraße; Wahllokal: Volksgarten, Prieferstraße. — Reinickendorf, I. Bezirk: Kirchplatz, Kaiser Wilhelm, Bismarck, Potsdamer-, Großbeeren-, Süstern-, Charlotten-, Wiesen-, Linden-, Hornstraße, Chaussee nach Gärlich, Ostbezirk Babelsberg; Wahllokal: Gemeinderatssitzungslokal Lindenstraße. — II. Bezirk: Schulstraße, Lützenplatz, Eisenbahn-, Trift-, Lützen-, Stahlendorfer-, Grenz-, Karl-, Turn-, Müller-, Ammen-, Forst-, Rembrandt-, Birken-, Adlerstraße, Kleiner Gergierplatz, Kaiser-, Dom-, Berliner-, Wödmann-, Schiller-, Plantagen-, Marienstraße, Copengrund, Berggülden; Wahllokal: Eisenbahn-hotel, Eisenbahnstraße.

Lokales.

Die „nationalen“ Parteien im Wahlkampf.

„National“ nennen sie sich, weil das anständiger klingt als „konservativ“ oder „antisemitisch“. „National“ nennen sie sich in Berlin. Sie wissen, daß hier in dem Kampf um den Reichstag für sie von vornherein nichts zu holen ist, wenn sie sich offen als die übel beleumundeten Konservativen und Antisemiten zu erkennen geben, die sie sind. Ein geriebener Geschäftsmann hält eben vor allem auf eine hübsche Firma. Hat er unter der alten Firma Pleite gemacht, so legt er unverfroren sich eine neue zu — sonst kommen die Gimpel kein zweites Mal zu ihm.

Der diese konservativ-antisemitischen „Nationalen“ in den letzten Monaten und Wochen in ihren Wählerversammlungen beobachtete, der sah bald, daß an ihrem Geschäftsbetrieb außer der Firma wirklich nichts geändert worden ist. Es sind noch immer dieselben alten, teils albernen, teils schollen Praktiken, die von jeher ihre einzige Waffe im Wahlkampf gewesen sind: auf der einen Seite das öde Geschimpfe auf die Juden, die an allem Unglück und allem Elend dieser Welt schuld seien, auf der andren Seite die höherfällte Verunglimpfung, die giftige Verleumdung der zur Sozialdemokratie haltenden Arbeiterklasse, die von dem „friedensbringenden“ Militarismus, dem „volkswohlfördernden“ Jolkvucher und ähnlich schönen „nationalen“ Forderungen nichts wissen mag.

Die Wählerversammlungen der „Nationalen“ unterschieden sich von denen der Freisinnigen dadurch, daß zu den „nationalen“ Versammlungen Gegner Zutritt hatten und besonders die Sozialdemokraten ausdrücklich eingeladen wurden, während die Freisinnigen möglichst unter sich zu bleiben suchten. Die Freisinnigen fühlten, daß sie nichts gewinnen, sondern nur verlieren konnten, wenn sie sich der vollsten Deffentlichkeit darboten; die „Nationalen“ bildeten sich ein, nichts mehr verlieren, sondern höchstens noch gewinnen zu können, wenn sie Gegner in ihre Versammlungen lockten. Gewonnen haben auch die „Nationalen“ nichts — mit Ausnahme der Großen, die sie an der Thür den nicht-„nationalen“ Gästen in manchen sehr nachdrücklichem Tone abnötigten, damit die Telleransammlung reichlicher ausfiel und Geld in ihre magere Wahlkassette kam.

Die Wortführer der „nationalen“ Kampagne haben sehr bald gemerkt, daß namentlich von den Arbeitern trotz aller anfänglichen Schmeicheleiworte niemand auf den ausgeworfenen Köder anbeißten wollte, niemand der konservativ-antisemitischen „Arbeiterfreundschaft“ troute, niemand zu dem samosen Schnitt durch das Listuch bereit war, der die deutsche Arbeiterschaft von den „sozialdemokratischen Führern“ trennen sollte. Darum unterschieden sie sich schon nach den ersten mißlungenen Wählerangversuchen für die andre Taktik, die Arbeiterschaft mit einer Flut von Schmähungen zu überschütten. Erst damit trafen sie dann die Stimmung der Mehrheit ihrer Gefolgschaft.

Daß diese Kreise durch und durch arbeiterscheißend sind, daß ein wütender, wahnsinniger Haß gegen die Arbeiterklasse sie erfüllt, war ja längst klar, aber so offen und unverschämte, wie diesmal, hatten sie es bisher denn doch noch nicht gezeigt. Dabei kam die ganze Knottigkeit, die bei den „Nationalen“ sonst nur als Waffe im Kampf gegen das Judentum beliebt ist, hier auch im Kampfe gegen die Arbeiterklasse in voller Unverschämtheit zur Geltung. Von den sechs Durchfallskandidaturen, die die vereinigten Konservativen und Antisemiten in Berlin zu vergeben hatten, sind den Antisemiten der strengeren Obervand diesmal nur zwei eingeräumt worden, aber thätig war überall die „nationale“ Wahlagitation auf den rüden Ton des Kadavantisemitismus gestimmt. Die Wählerversammlungen der „nationalen“ Kampagne waren in dieser Beziehung das Widertwärtigste, was mir je in einem Wahlkampf erlebt haben.

„Ich weiß ja, daß ich hier nicht gewöhnt werde“, sagte einer der „nationalen“ Durchfallskandidaten in öffentlicher Versammlung, „aber ich will wenigstens dafür sorgen, daß auch der Sozialdemokrat nicht gewöhnt wird“. Diese Gesellschaft weiß, daß in keinem Wahlkreise Berlins einer der Ihren gewöhnt werden kann; sie wollen überall nur dem Freisinn Guederdienste leisten. Die Brüder sind einander wert! Es ist der Haß gegen die Arbeiterklasse, das sie zusammengeführt hat.

Die Omnibus-Angehörigen

hatten auf die beifällige Vereinigung der beiden wichtigsten Omnibus-Aktiengesellschaften Berlins der „Allgemeinen“ und der „Neuen“, nicht geringere Hoffnungen gesetzt als die beteiligten Aktionäre. Die Aktionäre beider Gesellschaften haben in der letzten Zeit trübselige Gesichter gemacht, weil bei beiden Gesellschaften das Geschäft schlecht gegangen war. Sie rechnen jetzt

darauf, daß die Ertragsteigerung, die durch die Verbilligung des Betriebes und der Verwaltung der vereinigten Gesellschaften erzielt werden soll, ihnen wieder ein beträchtliches Plus an mißlosem Gewinn in ihre Portemonnaie führen wird. Die Angestellten der beiden Omnibus-Gesellschaften sind bescheidener und verlangen nichts ohne Mühe. Aber für den wahrhaftig nicht leichten Dienst, den sie zu leisten haben, wünschen sie wenigstens einen einigermaßen auskömmlichen Lohn. An die Vereinigung der beiden Gesellschaften glaubten sie die Erwartung knüpfen zu dürfen, daß bei eintretender Besserung des Geschäftes auch für sie von dem erhöhten Gewinn etwas abfallen werde.

Wir haben uns ja mit der Lage der Omnibus-Angestellten, mit ihrer langen Arbeitszeit, ihrem geringen Lohn wiederholt beschäftigt und manchen Rotzkei, der uns aus ihrer Mitte zuzug, der Doffentlichkeit übergeben. Diesmal sind es besonders die Schaffner und Aufsicher der bisherigen „Neuen“, die uns bitten, wieder einmal weitere Kreise auf ihre bebrängte Lage aufmerksam zu machen; aber was sie vorbringen, das hat mit geringen Abweichungen leider auch für die Angestellten der „Allgemeinen“ seine Gültigkeit. „So kann das nicht weitergehen“, schreibt uns eine Gruppe von Angestellten, „wie es die Herren Direktoren mit uns machen. Alte Leute, die 15-20 Jahre in Brot waren, werden vom Direktor Oberst a. D. Schmolz auf die Straße gesetzt.“ Und warum diese Härte? Weil das Geschäft so schlecht gegangen ist? „Bringt ein Schaffner wenig Kasse, so wird ihm gedroht, im nächsten Falle entlassen zu werden.“ Ja, was können denn die Schaffner dafür, daß die Benutzung des Omnibus in Berlin nachgelassen hat. Sollen sie vielleicht den Anreicher machen und das Publikum zum Einsteigen animieren? „Immer rein, meine Herrschaften!“ Als ob nicht jeder Schaffner schon von selber darauf bedacht ist, einen möglichst gefüllten Wagen zu haben, weil bei geringerer Befüllung ja auch die Trinkgelder, auf die die Schaffner infolge der schätzbaren Entlohnung leider immer noch angewiesen sind, spärlicher fließen. Wie es um die Einnahme aus diesen Trinkgeldern in den letzten Jahren bei der Verminderung der Omnibusbenutzung bestellt gewesen ist, davon können die Schaffner ein trauriges Lied singen. Desto reichlicher sind aber die Strafen ausgefallen. Welche dem Schaffner, der beispielsweise dabei erwischt wird, daß er aus Versehen jemanden über die Zeilstraße hinausfahren läßt! Bei einem Tagelohn von 2,50 M. bis 2,80 M. (für die alten Schaffner) kann's ja auf einen Thaler Strafe nicht ankommen! Fast kann erst einen Thaler bezahlt? Schön, da kannst du gleich noch einen zweiten bezahlen! Nicht wahr, Herr „Direktor“ Schmolz, so ein Rekl muß froh sein, daß er nicht gleich entlassen wird?! Diese Leute werden überhaupt äppiger; aber das kommt von den vielen freien Tagen. Vier Tage haben sie im Monat zu beanspruchen — viel zu viel! Darum ist es recht, daß man möglichst noch daran fügt und sie an „freien“ Tagen antreten läßt, um ihre Sachen zu muftern. Wenn nun noch die Absicht, statt der erhofften Lohnhöhung sogar noch eine Kürzung des Lohnes eintreten zu lassen (die nach einem unter dem Personal verbreiteten Gerücht bestehen soll) rücksichtslos ausgeführt wird, dann ist für eine sparsame Direktion das Ideal erreicht, und die Aktionäre dürfen sich freuen.

„Sämtliche Leute beider Gesellschaften sind über das Treiben der Direktionen erbittert“, heißt es in dem erwähnten „Rotzkei“. Das wird mancher nicht recht glauben wollen; denn vor ein paar Jahren — damals, als man fürchtete, daß die Unzufriedenheit zu einem Streik führen könnte — wurde doch „festgestellt“, daß das Personal vollständig „zufrieden“ war. Die Liste, die damals den Leuten zur Unterschrift vorgelegt wurde, soll hinterher die Angestellten selber, die gar nicht wußten, was sie zu unterschreiben hatten, am meisten überreicht haben. Ja, es geht manchmal merkwürdig zu, wenn einem Unternehmer von seinen Arbeitern bescheinigt werden muß, daß sie mit ihm „zufrieden“ sind.

Zu den Fieberkrankungen. Das Befinden der Isolierten, auch des Wärters Marggraf, ist heute gut. Marggraf, den das frühere starke Fieber sehr geschwächt hat, hat mit dem Beginn seiner Erkrankung an das Bett und ist von den übrigen Isolierten selbstverständlich noch wieder abgesondert. Als er in der Parade in der Hannoverischen Straße von dem Umwohler und Fieber befallen wurde, entnahm man alsbald seinem Körper Blut, um es bakteriologisch zu untersuchen. Diese Untersuchung hatte, wie wir seiner Zeit mitteilten, ein negatives Ergebnis, das Blut war bakterienfrei. Einen Tag später jedoch stellte sich bei dem Erkrankten ein blutuntermischtter Auswurf ein. Darin befanden sich, wie die gestern abgeschlossene bakteriologische Untersuchung feststellte, lebende und virulente Pestbakterien. Obwohl hiernach bei Marggraf eine Lungenentzündung feststeht, so haben die Ärzte doch nach wie vor die beste Hoffnung, ihn durch die Serumbehandlung am Leben zu erhalten. Seine ärztliche Kontrolle ist die denkbar schärfste. Die Isolierten Ärzte berichten regelmäßig über seinen Zustand und den Verlauf seiner Krankheit und diese Berichte, von denen auch das Ministerium Kenntnis erhält, dienen dann als Grundlage für die Beratungen und Entschlüsse der hervorragenden ärztlichen und behördlichen Sachverständigen. Heute vormittag konnte Marggrafs Befinden als sehr gut bezeichnet werden. Wie lange die Quarantäne noch dauern wird, ist noch nicht abzusehen.

Die Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthäusern des städtischen Schlachthofes haben im Monat Mai d. Js. etwas zugenommen, erreichen aber besonders bei Rindern und Schafen nicht die Ziffern früherer Jahre. Nicht einmal die Ziffern des vorigen Jahres mit seiner Abnahme der Schlachtungen werden bei einzelnen Gattungen erreicht. Es wurden geschlachtet: 11 692 Rinder (gegen 12 598 Stück im Monat Mai 1902), 16 800 Kälber (gegen 19 352), 29 516 Schafe (31 889) und 75 897 Schweine (67 688), zusammen 133 935 Tiere, gegen 128 315 Stück im Monat Mai vorigen Jahres, mithin mehr 5618 Stück und zwar mehr 508 Kälber und 8184 Schweine, dagegen weniger 801 Rinder und 2173 Schafe. Nach dem neuen in Kraft getretenen Fleischbeschau-Gesetz sind der Polizeibehörde überwiesen worden: ganz 320 Rinder, darunter 240 wegen Tuberkulose und 45 Stück wegen Stümen, ferner 114 Kälber, darunter 17 tuberkulose, 6 Schafe und 392 Schweine, darunter 18 wegen Stümen und 19 wegen Trichinen; außerdem noch teilweise 4709 Rinder, 74 Kälber, 1228 Schafe und 7261 Schweine, zusammen 13 272 Tiere. An einzelnen Organen und Teilen wurden 17 037 Stück beschlagnahmt.

Das gegenwärtig kleinste Haus Berlins, an der Jannowitz-Brücke, wird in den nächsten Tagen niedergelegt werden. Dasselbe besteht in einem Anbau zwischen den Grundstücken Jannowitz-Brücke 4 und Holmarstraße 1 und bildete früher ein nach der Straße zu gelegenes Schuppengebäude. Später wurde es, fernerpolizeilichen Vorschriften entsprechend, mit einer Steinmauer bekleidet und als Geschäftsraum vermerkt. Mit diesem Gebäude wird auch das Gebäude Holzmarktstraße 1, welches noch aus dem achtzehnten Jahrhundert stammt, fallen. Mit diesem Hause verschwindet eine Berliner Reichwürdigkeit. Das Gebäude besitzt eine schwebende eiserne Treppe, welche, mit Weißblech bedeckt, direkt von der Straße aus den Zugang nach der ersten Etage vermittelt, in der sich eine Gastwirtschaft befindet. Diese Treppe mußte aus fernerpolizeilichen Gründen angelegt werden, um so für die ausgedehnten Räume der Gastwirtschaft einen zweiten Ausgang zu schaffen.

Der bei der Benzingerkloster in der Wasserthorstraße geistete Arbeiter Max Goldrowitz ist gestern Abend auf dem Gemeinde-Friedhofe in Adlershof beerdigt worden. An der Beisetzungsfeier beteiligten sich die familiären Arbeiter sowie die Jubilarleitung der Metallindustrie-Arbeitervereinsvors. J. Weidner. Der Verstorbenen

hinterläßt eine Frau und vier unerwachsene Kinder. — Glücklicherweise hat die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Meldung, daß die Katastrophe noch ein zweites Opfer gefordert habe und der Arbeiter Bielewicz im Krankenhaus am Ullrich gestorben wäre, seine Bestätigung gefunden, im Gegenteil hat sich der Zustand des J. in den letzten Tagen so erheblich gebessert, daß seine gänzliche Wiederherstellung mit Bestimmtheit zu erwarten ist. Von den übrigen Verletzten befinden sich nur noch der Arbeiter Bruno Lange und die Arbeiterin Elise Seifert im Krankenhaus, während die andern bereits zur Entlassung gekommen sind. Auch die beiden Genannten befinden sich jetzt außer Lebensgefahr, doch werden sie noch immerhin mehrere Wochen in der Anstalt verbleiben müssen. Ebenso günstig ist der Zustand des Werkmeisters Lesniowski und des Arbeiters Pletke, die beide in ihren Wohnungen behandelt werden.

Ein gefährlicher Fabrikbrand, bei dem die Feuerwehrcamänner sich eine starke Rauchvergiftung zuzogen und verschiedene andre Personen in Erstickenungsgefahr schwebten, kam Donnerstagsabend 11 Uhr in der Wärsenfabrik von Paschwitz in der Seidelstraße aus. Er entstand im zweiten Stock des Quergebäudes, in welchem die halbfertigen Fabrikate lagerten und verbreitete sich mit unheimlicher Schnelligkeit, so daß bei Anbruch der Wehr die ganze neun Fenster haltende Front bereits ein einziges Flammenmeer bildete. Der Hauptherd des Feuers lag nach der Rückseite hin, die an Spindlerhof angrenzt. Von hier aus wurde denn auch mit Dampfstrahlröhren unter Benutzung von Hakenleitern energisch vorgegangen. Die Hitze war enorm und brachte auf weite Entfernung hin die Fenster zum Springen. Aber auch die Rauchentwicklung erschwerte die Löscharbeiten, da ein Vordringen über die Treppen nur unter Anwendung von Rauchapparaten möglich war. Durch einen Transmissionssticht sprangen die Flammen auch auf die oberen Stockwerke über und richteten namentlich in der Glanzerei im dritten Stock arge Verwüstungen an. Die darüber liegende Poliererei konnte glücklicherweise gehalten werden, sonst wäre sicher auch der Dachstuhl mit den rechts und links angrenzenden Privatwohnungen zerstört worden. Die Nachbarhäuser 24 und 26 waren total verqualmt und die bereits im Schlafe liegenden Personen befanden sich in Gefahr. Besonders war dies der Fall bei der 12jährigen Tochter der Witwe Bierling, die man, nur mit einer Decke umhüllt, hinabtragen mußte. Die Feuerwehrcamänner, Grabener und Bawita von der 5. Compagnie zogen sich starke Rauchvergiftungen zu und mußten weggeführt werden. Da die zweite und dritte Etage ausbrannte und das fertige Lager im ersten Stock durch Wasser stark litt, ist der Schaden ganz bedeutend.

Opfer der Arbeit. Bei einem Gerüstesturz sind am Freitag im Südosten der Stadt drei Bauarbeiter schwer verletzt worden. In der Glogauerstraße wird gegenüber dem Schulhause auf dem Grundstück Nr. 22 eine Kirche errichtet. Der Bau, der von der Firma Ziehmann (Charlottenburg) ausgeführt wird, ist bereits bis zur Höhe des dritten Stockwerks gediehen. Die Rüstung ist ein Stangengerüst. Vormittags gegen 11 Uhr brach plötzlich unter furchtbarem Krachen, das weithin gehört wurde und die ganze Nachbarschaft alarmierte, die oberste Gerüstlage durch. Drei darauf befindliche Personen, der Maurer Philipp, der Arbeiter Klemm und der Arbeiter Koloff, wurden mit in die Tiefe gerissen und unter den nachfolgenden Brettern ufm. begraben, während ein vierter Mann, ein Maurer, der sich gleichfalls auf dem Gerüst befunden hatte, sich am Mauerwerk festklammerte und so gerettet wurde. Die unterlegten gebliebenen Arbeiter, die Steinmeyer, Eisenkonstrukteur ufm., machten sich sofort an die Befreiung der Verunglückten, während von anderer Seite die Feuerwehr benachrichtigt wurde. Als der achte Zug aus der Reichsbergerstraße eintraf, war es zum Teil bereits gelungen, die Verunglückten aus den Trümmern zu befreien. Die Feuerwehr griff rasch ein, vollendete das Rettungswerk und sorgte für Ueberführung nach dem Krankenhaus. Die Verunglückten, die namentlich an der Brust und an den Beinen schwere Verletzungen erlitten haben, sind sämtlich verheiratet. Die Ursache des Unfalles ist noch nicht festgestellt, doch wird angenommen, daß sie in mangelhafter Herstellung der Rüstung zu suchen ist. Von den auf dem Bau beschäftigten Arbeitern ist auch darüber gellagt worden, daß zu wenig Rüstungsmaterial vorhanden sei. Die Bauarbeiten wurden nach dem Unfall sofort eingestellt, die Unfallstelle wurde polizeilich abgesperrt.

Die Wahnnummer des „Wahren Jacob“ gelangt heute zur Ausgabe. Buchhandlung Vorwärts.

Aus den Nachbarorten.

Ober-Schöneweide. Viel Furcht scheint das staatsbehaltende Wahlkomitee hier gehabt zu haben vor unbesenen Gästen, daß es eine Wählerversammlung der nationalen Wähler am nachmittags 8 Uhr an einem Wochentage abhielt. Erfahren haben allerdings nur wenige davon. So waren denn ganze 35 Wähler von 2400 erschienen, die einem abgesehenen Programm Anton Ringels lauschten.

Tropdem alles so schön gehe in vorbereitet war, beflagte man sich doch noch, daß der Besuch ein so schwacher sei. Nun wenn es darum zu thun war, hätten die Herren eine Wählerversammlung für alle Wähler an den Abendstunden einberufen sollen — gebührende Abfertigung wäre ihnen zu teil geworden.

Allerdings, sie wußten ganz genau, in Ober-Schöneweide kommen sie nicht auf die Beine.

Ober-Schöneweide. In der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung wurde beschlossen, den Bau der Spreckbrücke im Zuge der Halleschen Straße trotz des erneuten Protestes der Nachbargemeinde Nieder-Schöneweide fortzusetzen. Der Zuschlag für Herstellung der Eisenkonstruktion dieser Brücke wurde für den Preis von 244 000 M. der Firma Wänlich in Grünberg erteilt. — Genehmigt wurde die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 650 000 M. für Kosten des Brückenbaues und Ablösung mehrerer kleiner Anleihen.

Für Pflasterung der Ebnstraße in kleinem Reihenlaster wurden 14 000 M. bewilligt, und wurde der Firma Reuter gestattet, ein Stück der Straße mit Asphalt (nach neuerer Methode) zu belegen, mit der Maßgabe, daß nach schlechter Beschaffenheit die Firma zur Entfernung desselben verpflichtet ist.

Ein Vorschlag des Herrn Reichels: einem von ihm gegründeten Verein, der die Errichtung einer Kinderbewahranstalt erstrebt, einen Zuschuß zu leisten, gab dem Genossen Brunow Gelegenheit, die Uebernahme dieses Zweiges der Arbeiterfürsorge auf die Gemeinde zu fordern und nicht der Privatwirtschaft zu überlassen. Der Antrag fand kein Gehör. — Unter den eingegangenen Preisentwürfen für das zu erbauende Rathaus hat das Preisrichter-Kollegium zwei zweite und einen dritten Preis verteilt. Außerdem sind mehrere Entwürfe angekauft.

Stegleit. Doppelt hält besser! sagen sich offenbar die Staatsbehaltenden unbes Dites, denn sie lassen jetzt gleich zwei Flugblätter für Herrn Hammer auf einmal verteilen, von denen allerdings das vom Reichswahlverbände unterzeichnete ein Ladenhüter ist; es wurde vor einiger Zeit schon einmal unter die Leute gebracht. Das neue Produkt läßt nicht erkennen, von welcher Seite es ausgeht, seine Urheber scheinen den Inhalt selbst für unverantwortlich zu halten. Daß in demselben die Socialdemokratie bekämpft wird, ist selbstverständlich, nur geschieht es diesmal in einer Weise, mit der wir uns sogar einverstanden erklären können. Denn wenn den Wählern erklärt wird, daß die Socialdemokratie gegen den Zolltarif und gegen Erhöhung der Militärkosten gestimmt hat, so ist dies daselbe, was wir den Wählern sagen und was wir uns als besonderes Verdienst im Interesse der Wähler anrechnen. Dem gegenüber wird uns die Lüge, daß die Socialdemokraten im Reichstage gegen Anträge auf Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Klasse gestimmt hätten, wenig schaden, denn diesen Schwindel glaubt doch niemand. Die Angst, daß durch die Wahl von noch mehr Socialdemokraten der neue Reichstag ein für uns alle trauriges Ansehen erhalten wird, wie es in

dem Flugblatt heißt, werden die Wähler auch nicht teilen; jämmerlicher wie die lehrverlorenen Brotwucher-Mehrheit kann er gar nicht werden. — Festgenagelt muß aber noch werden, daß die konservativen Flugblätter durch schulpflichtige Kinder ausgebracht werden. Die Gesellschaft bleibt sich doch immer gleich; sogar zur Wahlagitatio muß die billige Kinderarbeit ausgenutzt werden. Stecken schon die paar Groschen zur Führung des Kampfes für die „heiligtsten Güter der Nation“ so fest, so kann man sich denken, wie filzig diese Prozentpatrioten wohl sein werden, wenn es sich darum handelt, für die arbeitende Klasse etwas herauszurücken.

Konowes. In der am 10. d. M. abgehaltenen Sitzung der Gemeindevorsteher teilte der Amtsvorsteher mit, daß vom Kreise eine Anfrage an die Gemeinde ergangen sei, ob im Etat Mittel bereitgestellt sind zur Auszahlung von Stipendien an Schüler, Kunstgewerbeschulen, Fachschulen usw. besuchen. Der Gemeinde-Vorstand hat hierauf erwidert, daß nicht die Absicht bestehe, bestimmte Mittel hierfür festzulegen; doch würden derartige Gesuche von bedürftigen Schülern, welche noch nicht eingereicht worden sind, von der Vertretung wohlwollend berücksichtigt werden. — Hierauf erfolgte die Besprechung der socialdemokratischen Interpellation wegen der letzten in der Anabenschule vorgekommenen Mordtaten. Der Amtsvorsteher erklärte, daß ihm nicht bekannt sei, daß der Tod des Anaben Schieder durch einen Schlag des Lehrers Wohl verursacht sei. Es bestehe wohl ein derartiges Gerücht; da aber die Untersuchung noch nicht abgeschlossen, sei ihm von dem dem Obduktionsbefunde noch keine Mitteilung gemacht. Ueber das Ermittlungsverfahren, welches vom Amtsvorsteher eingeleitet war, erklärte der Letztere, daß er, als er von dem Gericht Kenntnis erhielt, in die Schule gegangen ist und in Abwesenheit des Lehrers die Schüler gefragt hat, ob sie gesehen hätten, daß der Lehrer den Jungen geschlagen habe, was von denselben verneint wurde. Der Lehrer selbst hat angegeben, er wisse nicht, ob er das Kind geschlagen habe. Genosse Gruhl führte hierauf aus, daß es wohl Pflicht der Vertretung sei, die Suspension des Lehrers bis zum Abschluß der Untersuchung bei der Schulbehörde zu beantragen. Es läge das nicht nur im Interesse der Schule, sondern auch im Interesse des Lehrers selbst; falls sich dieser unschuldig fühle, hätte er seine Suspension selbst beantragen müssen. Redner ersucht den Amtsvorsteher, auch gleich den Fall des Lehrers Quast hier zur Sprache zu bringen. Der Amtsvorsteher erwidert, daß die Schuldeputation beschlossen hat, in Sachen des Lehrers Wohl die Suspension nicht zu beantragen, da nicht bewiesen sei, daß er schuld an dem Tode des Anaben sei. Auch der Regierungs- und Schulrat, welcher über den Fall genauen Bericht eingefordert, die Suspension nicht verfügt; dieselbe erfolge nur, wenn sich ein Lehrer unsittliche Handlungen zu Schulden kommen lasse. Zu dem Fall Quast übergehend, erklärt Redner, daß der Vater darauf verzichtet habe, Strafantrag gegen den Lehrer zu stellen, was die Schuldeputation veranlaßt, die Sache als erledigt anzusehen. Gruhl erwidert, daß für uns der Fall nicht erledigt sein könne, da es sich um einen Lehrer handelt, welcher schon wegen derartiger Sachen disziplinarisch vorbestraft ist. Als vor einigen Jahren unser Genosse Gärtner eine Ueberbreitung des Juchtingsrechts seitens dieses Lehrers hier zur Sprache brachte, habe letzterer noch den Mut gehabt, Gärtner zu verklagen wegen Verleumdung; doch sei dieser freigesprochen worden, da er nur wahre Thatsachen behauptet hatte. Wenn der Vater keinen Strafantrag gestellt habe, so sei es Pflicht der Schuldeputation, einen solchen zu stellen. Schöffe Dam m erklärt, daß der Vater nur deshalb seinen Strafantrag gestellt habe, weil er auswärts arbeite und es ihm an der nötigen Zeit fehle, die damit verbundenen Aufereien zu besorgen. Er müsse den Fall einfach für eine Mißhandlung erklären. Genosse Hoffmann führte aus, daß es nicht angehe, über diese Fälle zur Tagesordnung überzugehen; es liege nicht nur im Interesse aller Eltern, sondern auch im Interesse des Lehrerkollegiums, daß derartige Lehrer bestraft würden. Wenn die Regierung die Suspension des Lehrers Wohl nicht verfügt habe, so müssen wir wenigstens dafür Sorge tragen, daß dem Manne keine Gelegenheit gegeben werde, bis zur Erledigung des Falles das Juchtingsrecht auszuüben; ebenfalls müsse dem Lehrer Quast dasselbe entzogen werden. Redner führt des weiteren aus, daß gerade die Lehrer alle Ursache hätten, Arbeiterkinder unabhängig zu behandeln; denn wenn die ersten heute eine geachtete soziale Stellung errungen hätten, so haben sie es in erster Linie den Arbeitervertretern zu verdanken. Herr Nathan, Mitglied der Schuldeputation, erklärte, daß die geäußerten Vorfälle tief bedauerlich seien, aber keinen Anlaß böten, unsere Schulen vor der Doffentlichkeit zu diskreditieren. Es seien bereits Verfügungen von der Schulbehörde getroffen, welche geeignet sind, derartige Fälle zu verhüten, jedoch könne er darüber keine Mitteilung machen, da dieselben einen vertraulichen Charakter hätten. Herr Rektor Ritter, welcher der Sitzung beizuohnte, erklärte, daß die Handlungsweise des Lehrers Quast nicht zu entschuldigen sei; aber sie beruhe mehr auf Ungeschicklichkeit. (1) Nach einigen Bemerkungen des Amtsvorstehers, daß auch über diesen Fall der Regierung Bericht erstattet ist und dieselbe wahrheitsgemäß in nächster Zeit weitere Maßnahmen veranlassen werde, schließt die Besprechung der Interpellation. Hierauf geheime Sitzung.

Wahlversammlungen.

Eine sehr gut besuchte Wählerversammlung für den ersten Reichstags-Wahlkreis fand am 11. d. M. in Cohns Festsaal statt. Der große Saal sowie auch die Nebenräume waren dicht besetzt. Genosse Ledebour als Referent geisterte in treffenden, oft von klärendem Beifall unterbrochenen Ausführungen das Verhalten unserer Gegner, namentlich das der Freisinnigen, im politischen Leben, im Reichstage und bei den Wahlen. Lebhaftes Zustimmung und drausender Beifall erscholl, als der Redner zum Schluß die Wahl des Genossen Leo Arons empfahl und die Parteigenossen aufforderte, den Sieg der Socialdemokratie auch im ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis, wenn nicht in der Hauptwahl, so doch in der Stichwahl herbeizuführen. Nach dem Referenten nahm Genosse Arons das Wort, um auch seinerseits das Verhalten und Gebahren der Gegner einer Kritik zu unterziehen und ihre Stellung im politischen und wirtschaftlichen Leben ins rechte Licht zu setzen. Auch dieser Redner empfahl unter allgemeiner Zustimmung, den 16. Juni als Siegestag für die Socialdemokratie zu gestalten. — In der Diskussion beschäftigte sich ein Herr Lasker darüber, daß in einem socialdemokratischen Wahl-Flugblatt, es handelt sich um ein in Schlesien verbreitetes, eine Vignette gebracht wurde, worin ein Ausbeuter mit ausdrücklicher jüdischem Typus gezeichnet sei; man müsse doch derartigen antisemitischen Tendenzen in der Socialdemokratie entschieden entgegenzutreten. Genosse Ledebour erwiderte dem Herrn darauf, daß man doch nicht so empfindlich sein möge. Jtgend ein Typus menschlicher Gestalten wird eben verwandt zu solchen Karikaturen. Wie oft wird der deutsche Michel benutzt zu solchen Bildern, ohne daß sich ein Deutscher darüber ärgert. Sind solche Karikaturen gut, so mag man sich darüber freuen, sind sie schlecht, so beachte man sie einfach nicht. Mit der Aufforderung des Vorstehenden, recht eifrig bei der Wahl mitzuwirken, schloß nach einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Socialdemokratie und auf die Genossen Arons und Ledebour die imposante Wähler-Versammlung.

Die Wählerversammlung für den dritten Wahlkreis, die unsere Genossen zum 11. Juni nach dem Etablissement Suggenhagen einberufen hatten, gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung für die Socialdemokratie. Saal und Galerie waren überfüllt, die Polizei sperrete, viele fanden keinen Einlaß mehr. Der Referent Paul Singer und der Kandidat Wolfgang Heine wurden beim Erscheinen auf das lebhafteste begrüßt. Genosse Heine nahm zunächst das Wort zu einer Ansprache, in der er unter Zurückweisung der Entstellungen der Gegner die Socialdemokratie als die Partei feierte, welche eine hohe Kulturmission zu erfüllen hat, allein energig für des Volkes Wohl und Freiheit eintritt und auch die

